



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr.

Einwohnerratssitzung vom Montag, 29. April 2024, 18.30 Uhr
Alte Dorfturnhalle

Anwesend	33/34/35 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: vakant 1 Einwohnerrat der FDP, Dominique Häring, Rebecca Moldovanyi, Andrea Nägelin und Reto Ramstein	
	Gemeinderat: -	
Vorsitz	Urs Schneider	
Protokoll	Evelyne Hefti	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahl für den Ortsschulrat für den Rest der Amtsperiode bis 31. Juli 2024: Stephan Ebert, SVP, anstelle von Reto Ramstein	3434
2.	Quartierplanung Bredella-Areal West / Bericht BPK	3397
3.	Teilrevision Steuerreglement; 2. Lesung	3422
4.	Gründung Zivilschutzorganisation RHEIN	3430
5.	Baulinienplan Rheinlehne / Bericht BPK	3424
6.	Fragestunde	522
7.	Totalrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates; 1. Lesung	3305

Begrüssung

Urs Schneider: Ich begrüsse Sie recht herzlich zur 522. Einwohnerratssitzung hier in der alten Dorfturnhalle.

Präsenz

Es sind zurzeit 33 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 17, das 2/3 Mehr 22 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Urs Schneider: Ich habe folgende Mitteilungen zu machen: Der Gemeinderat hat Mitte letzter Woche die Departementsverteilung vorgenommen. Da sich nur eine Person für das Präsidium interessiert und kandidiert hat, wurde der Gemeindepräsident für weitere vier Jahre in stiller Wahl gewählt. Das Vizepräsidium übernimmt Marcial Darnuzer. Im Weiteren hat am 17. April die Verteilung der Kommissionssitze stattgefunden. Das wurde an die Fraktionspräsidenten verschickt. Ich bitte die Fraktionspräsidenten, bis am 30. Mai die Sitzordnung ans Büro weiterzugeben wie auch die Kommissionsbesetzung mit den entsprechenden Personen, damit wir die Vorlagen vorbereiten können. Dann möchte ich mitteilen, dass die Einwohnerratssitzung vom 24. Juni ebenfalls um 18 Uhr 30 Uhr beginnen wird.

Mitteilungen des Gemeinderates

- Keine Mitteilungen

Neue parlamentarische Vorstösse

- Motion Nr. 3438, SP, Rahel Graf Bianchi, Erreichbarkeit Friedhof Blözen für mobilitätseingeschränkte Menschen
- Postulat Nr. 3439, U/P, Bernhard Zwahlen, «Verkehrs-Brennpunkt Bahnhofplatz Süd, ein übergeordnetes Verkehrskonzept für mehr Sicherheit»

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

- Abtraktandierung des Geschäfts Nr. 3433 Teilrevision Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen
- Abtraktandierung des Geschäfts Nr. 3406, Beantwortung Postulat, SP, Rebecca Moldovanyi, Entsiegelung von versiegelten Flächen

://: Die Bereinigung wird stillschweigend genehmigt.

Präsenz

Es sind zurzeit 35 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3 Mehr 24 Stimmen.

Beschlüsse**1. Nr. 3434**

**Ersatzwahl für den Ortsschulrat für den Rest der Amtsperiode bis 31. Juli 2024:
Stephan Ebert, SVP, anstelle von Reto Ramstein**

Keine Wortmeldungen.

://: In stiller Wahl wird Stephan Ebert, SVP, gewählt.

2. Nr. 3397

Quartierplanung Bredella-Areal West / Bericht BPK

GR Philipp Schoch: Sie erlauben mir, einige Folien zu zeigen. Ich versuche, mich kurz zu halten, aber das ist bei einem so grossen und komplexen Geschäft nicht ganz einfach. Sie sehen auf dem Bild relativ gut die Region Basel, und Sie sehen hier im Mittelpunkt des Bildes die strategisch beste Lage im Baselbiet, was Entwicklung angeht. Darum geht es heute. Das Erscheinungsbild und die Ausnutzung an diesem top erschlossenen Ort ist, nett ausgedrückt, mässig. Heute haben wir dort Gewerbe. Ist Bredella einmal fertiggestellt, werden wir immer noch gleich viel Gewerbefläche haben, aber zusätzlich viel mehr Wohnraum. Die Ausnutzung dieses top erschlossenen Gebietes wird wesentlich verbessert. Es entsteht eine einzigartige Gelegenheit, einen Mehrwert zu schaffen für diesen Ort und schlussendlich auch für Pratteln und die Prattler Bevölkerung. Es bedeutet Siedlungsentwicklung am richtigen Ort. Alles, was ich Ihnen heute Abend zeige, ist nicht die Arbeit oder die Idee einer Person oder von jemandem, der auf der Verwaltung arbeitet, sondern es ist das Resultat von Dutzenden Expertinnen und Experten in Sachen Stadtplanung und Architektur.

Ein kurzer Überblick: Wo befinden wir uns? Das mit der guten Erschliessung habe ich Ihnen schon gesagt, das ist die rot schraffierte Gegend, und genau in diesen Bereichen entwickeln wir. Dort ist die Zentrale, dort ist Gleis Süd und dort ist Bredella. Wir wollen Verdichtung dort realisieren, wo es perfekt erschlossen ist und nicht auf dem Blözen. Es hat ja auch schon Ideen gegeben vor etwa 20 Jahren, dort zu entwickeln oder in Lupsingen und damit noch mehr Zersiedelung herbeizuführen. Nein, im Zentrum, wo es gut erschlossen ist, am Bahnhof Pratteln, mit Tram, mit Bus, mit Autobahnanschluss, dort muss die Entwicklung stattfinden. Das sagen nicht nur wir, das sagt auch der Kanton. Das ist auch in diesen ganzen Planungen, die der Kanton angestellt hat, so festgehalten. Wir haben jetzt schlussendlich auch noch das REK darauf abgestimmt. Die Entwicklung in Pratteln Mitte ist am richtigen Ort. Die Entwicklung soll dort stattfinden, wo gute Erschliessungen sind, wo Bahnhöfe sind und mehrere Linien zusammentreffen. Das ist in Pratteln so gegeben.

Pratteln Mitte ist nicht mit Bredella entstanden. Wir sind seit 2012 unterwegs mit dieser Thematik und haben es im letzten und im vorletzten Jahr mit dem REK noch weiter vertieft. Auch die Bevölkerung wurde eingebunden und im Mitwirkungsverfahren gefragt, ob das richtig sei. Wir haben dort nichts Gegenteiliges gehört, sondern es wurde bestätigt. 2016 wurde der Teilzonenplan Pratteln Mitte genehmigt. Auch der Einwohnerrat hat dort teilgenommen, hat dort mitgemacht, hat dort mitentschieden. Es ist nicht einfach so, dass Pratteln Mitte oder Bredella jetzt irgendwie vom Himmel gefallen ist, sondern es ist eingebettet in die ganzen Planungsinstrumente, sowohl auf kommunaler wie auch auf kantonaler Ebene. Wir haben auf dem Gebiet Bredella eine Pflicht für die Quartierplanung; jede neue Nutzung braucht eine neue Quartierplanung. Wie gesagt, ist es vorgesehen, eine Mischnutzung zu schaffen mit 70% Wohnanteilen und 30% Gewerbeanteil. Es sollen auch öffentliche Räume entstehen. Allgemein soll es eine Aufwertung geben und Zentrumscharakter haben. Wir gehen davon aus, dass sich dort dann relativ viele Leute bewegen werden; viele Leute werden dort wohnen und dort arbeiten. Es ist nahe am Bahnhof, also wird es dort Frequenz geben und das ist auch so gewollt. Es ist also folgerichtig und gewinnbringend, beim Bahnhof die Transformationsareale weiterzuführen.

Ich zeige ihnen jetzt auf diesen Folien, wie man städtebaulich darauf gekommen ist, Bredella so zu entwickeln, wie Sie es jetzt in diesem Quartierplan vor sich haben. Auf dem heutigen Industrieareal stehen vor allem zwei grosse alte Hallen, die bestehen bleiben und mitgenutzt werden sollen. Sie geben relativ viel von dieser Gestaltung vor. Auf dem gezeigten Bild sieht man die heutige Bebauung ein bisschen deutlicher. Heute gibt es natürlich keine Durchwegung, es ist ein abgeschlossenes Areal, komplett versiegelt, und das wollen wir ändern.

Wie ist das Grundmuster der Bebauung entstanden? Sie sehen die Abgeschlossenheit des Areals, welches wir anbinden müssen, wenn es neu eine grosse Wohnnutzung, ein neues

Wohnquartier von Pratteln sein soll. Wir müssen diesen Sprung über die Gleise schaffen, sowohl für Fussgängerinnen wie auch für Leute, die mit dem Velo dort durchfahren wollen. Es gibt aber auch die Richtung der Bahn entlang, und das soll das neue Wegnetz durch das Areal werden, die das ganze Quartier innerhalb des Quartiers erschliesst.

Da sind die erwähnten alten Hallen, die bestehen bleiben, und ringsum wird die Entwicklung stattfinden. Ich finde das eine tolle Geschichte, und es ist nicht eine Bredella- oder eine Prattler Erfindung. Das sieht man in ganz vielen ehemaligen Industriequartieren, sei das in der Schweiz, in Deutschland oder in Frankreich, dass man den Bestand einbezieht und so eine Basis legt für die neue Nutzung. Das kann ganz interessant aussehen nachher, wenn das Quartier belebt und bewohnt ist.

Da ist der Bahnhofplatz auf der Nordseite, wo dann auch der Busbahnhof untergebracht ist. Im Untergrund wird es ein Veloparking haben. Die gute Einbindung aller Verkehrsträger ist wichtig. Es soll nicht ein Quartier werden, wo man mit dem Auto durchfährt, sondern das Auto wird zentral geparkt, und dann bewegt man sich zu Fuss durch das Quartier.

Es hat nicht nur Gebäude, sondern es gibt auch Freiräume. Das sieht man hier mit diesen grünen Flächen. Es soll nicht nur gelebt, gewohnt und gearbeitet werden, sondern man soll sich dort auch gut aufhalten können. Es soll eine gewisse Attraktivität bekommen, die es heute nicht hat.

Gehen wir nochmals zurück zur Verkehrserschliessung. Sie sehen hier violett die Strassen, grün für Velos, und der blaue Platz ist wie gesagt der Busbahnhof. Für die ganzen Infrastrukturprojekte wird es sowieso eine Volksabstimmung geben. Die ist ungefähr im Jahr 2026/27 geplant. Wir werden sowieso das Volk befragen müssen, denn das sind grosse Infrastrukturprojekte. Wir werden relativ viel investieren müssen in die Infrastruktur, aber durch die Heraufsetzung der Nutzung im Quartier können wir bei den Investoren auch einen Infrastrukturbeitrag abholen. Zudem können wir die Projekte beim Agglomerationsprogramm anmelden. So bekommen wir relativ viel Infrastruktur für relativ wenig Geld, das die Gemeinde Pratteln mitfinanzieren soll. Etwa 75% von diesen Investitionen werden durch Dritte bezahlt.

Hier sieht man noch einmal die Verkehrserschliessung auf eine etwas andere Art. Da ist der Kreisel vor der Salinenunterführung, wo man ins Quartier hineinfährt. Dort fahren auch Busse ins Quartier hinein und Autos. Die anderen Striche sind Velo- und Fuss-Verbindungen, die man in diesem Quartier schaffen wird. Parkplätze sind auch immer eine wichtige Diskussion. Wie erwähnt, sind wir dort an allerbesten ÖV-Erschliessungsgüte, das heisst, man kann Parkplätze reduzieren. Wir gehen hier von 0,7 oder 0,5 Parkplätzen pro Wohnung aus, das ist so austariert. Dazu kommen 230 bis 355 Besucherparkplätze, die gebaut werden sollen. Weil wir an einer solchen Toplage sind, kann man eben die Parkplätze reduzieren. Das ist auch wichtig, damit wir das übergeordnete Verkehrsnetz nicht weiter belasten, denn das ist schon stark belastet. Also möchten wir auch Leute anziehen, die gerade wegen dieser Lage dorthin ziehen und vielleicht eher auf das eigene Auto verzichten. Es ist immer eine Diskussion, bei jedem Quartierplan und wird sicher auch heute Abend hier so sein. Ich kann

Ihnen einfach sagen, wir haben einen hohen Anteil an Leerstand in den bestehenden Tiefgaragen Aquila, Albanhof und Vierfeld. Also macht es keinen Sinn, in dieser Umgebung weitere leere Tiefgaragenplätze zu bauen, denn davon haben wir schon genügend.

Wichtig wird, dass wir das Quartier auch vernetzen können mit der übergeordneten Infrastruktur von Pratteln, mit den anderen Quartieren. Es soll nicht ein weiteres Aussenquartier werden, sondern soll wie gezeigt vernetzt werden mit diesen entsprechenden Verkehrsverbindungen. Wir werden generell mehr Raum schaffen. Wir werden gleich viel Gewerbe haben wie heute, werden aber durch Verdichtung auch mehr Wohnraum anbieten können an diesem bestens erschlossenen Ort.

Zur Diskussion steht auch, wie schnell das geht. Sie sehen auf dieser Folie: Es geht nicht sehr schnell, sondern es geht relativ lange, bis Bredella ganz entwickelt ist. Heute Abend sprechen wir nur über Bredella West. Da soll bis im Jahr 2028 schon mal was passieren. Die beiden weiteren Schritte Mitte und Ost dauern dann bis in zehn Jahren, beziehungsweise bis in 20 Jahren. Also ist es eine relativ langsame Entwicklung, in welcher das Gebiet transformiert werden soll.

Eine weitere Frage, die immer wieder gestellt wird: Weshalb beginnt man im Westen und nicht im Osten? Im Westen haben wir relativ viel Leerstand auf diesen heutigen Industrieflächen. Im Osten ist das nicht der Fall. Dort haben wir relativ neue und grosse

Gebäude, die gut noch lange genutzt werden können. Es hat auch etwas mit Nachhaltigkeit zu tun.

Sie sehen hier noch die Einwohnerzahl, wie viele Leute da kommen sollen. Auch das ist immer ein Diskussionspunkt.

Wir haben die Präsentation bald geschafft.

Das Freiraumkonzept habe ich schon angesprochen. Heute ist das Areal 100% versiegelt. Nachher wird nur noch versiegelt, was unbedingt sein muss. Der Busbahnhof wird logischerweise versiegelt sein, das ist technisch nicht anders möglich. Sonst aber werden wir so viel wie möglich entsiegeln. Es ist ein grosser Gewinn für das ganze Gebiet dort unten. Sie erinnern sich vielleicht an die Karten aus dem REK, die Hitzeinsel. Wir haben vor allem dort um den Bahnhof herum sehr heisse Zonen. Zur weiteren Diskussion möchte ich sagen, Sie werden ja dann im Juni schlussendlich den Entscheid fällen zum Quartierplan Bredella. Heute Abend werden wir alles beantworten, was wir schnell und einfach beantworten können. Die anderen Fragen werden wir mitnehmen und Ihnen an der nächsten Sitzung, an der zweiten Lesung die Antworten bringen, vielleicht nochmals mit 2, 3 Folien, falls ich jetzt Sie und den Einwohnerratspräsidenten zeitlich nicht allzu sehr überstrapaziert habe. Danke schön vielmals, ich freue mich auf die Diskussion.

Kurt Lanz: Philipp Schoch hat die ganze Geschichte sehr ausführlich noch einmal dargestellt. Das brauche ich so also sicher nicht mehr zu machen.

Ich habe wenig anzufügen. Die erste Angelegenheit ist, dass wir sehr, sehr viele Sitzungen benötigt haben. Noch nie hat ein Geschäft so viel Zeit in Anspruch genommen, aber wir haben uns eben auch die Mühe gemacht und die verschiedenen Sachen erforscht, und wir haben Antworten bekommen. Sie haben das Ganze dem Bericht entnehmen können. Ich sage das, was ich immer sage: Eigentlich habe ich zum Bericht nichts mehr zu sagen, denn hätte ich jetzt noch viel zu sagen, so hätten wir Ihnen im Bericht irgendetwas unterschlagen. Das wäre nicht anständig, das machen wir nicht.

Sie haben auch gesehen, dass wir noch einige wenige Anträge haben, wo wir das Quartierplanreglement ergänzen oder anpassen möchten. Das werden wir, resp. das werde ich dann bei der Lesung des Reglements vorbringen. Besten Dank.

Urs Schneider: Das Büro hatte das Geschäft direkt an die Bau- und Planungskommission überwiesen. Es ist jetzt zum ersten Mal im Einwohnerrat.

Das bedeutet, wir sind bis jetzt noch nicht auf das Geschäft eingetreten. Das Büro empfiehlt Eintreten und Direktberatung. Das Wort ist frei für die Eintretensdebatte.

Dieter Pfirter: Die FDP-Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten. Die Mehrheit der Fraktion ist dem Projekt gegenüber positiv eingestellt, allerdings nicht einstimmig. Aber auch grundsätzlich positiv eingestellte Fraktionsmitglieder sind in einigen Punkt noch skeptisch und möchten verschiedene Fragen geklärt haben, bevor sie definitiv Position beziehen. Die Aspekte sind z. B. die Verkehrserschliessung, der Kreisel an der Salinenstrasse, insbesondere während der Bauphase, die Anzahl Parkplätze, Verdichtungsgrad, Schattenwurf von Hochhäusern. Das heisst, allgemein ist uns einfach sehr daran gelegen, dass es attraktive Wohnungen gibt. Dann die Frage der Kosten, welche auf die Gemeinde zukommen, eine allgemeine Kosten-Nutzen-Rechnung für die Gemeinde, inklusive allfälligem positivem oder negativem Netto-Beitrag an die Gemeindefinanzen. Vielen Dank.

Bernhard Zwahlen: Wir von den Unabhängigen sind auch für Eintreten. Ich kann jetzt schon vorwegnehmen: Wir haben drei wirklich ganz kleine Änderungsanträge für das Reglement. Im Grossen Ganzen waren wir an jeder Mitwirkung dabei. Wir haben einen grossen Mitwirkungsbericht geschrieben und sind sehr froh, wie es jetzt aktuell herausgekommen ist, gerade mit den Themen Parkplätzen und mit der Verkehrsführung.

Daher bin ich sehr gut gestimmt, dass wir das so, wie es jetzt ist, annehmen können. Danke.

Rahel Graf: Die Fraktion der SP ist ebenfalls für Eintreten. Als allererstes möchte ich der Bau- und Planungskommission grossen Dank aussprechen für die riesige Arbeit, die sie geleistet hat.

Auch wir haben uns kritisch mit der Vorlage auseinandergesetzt. Es ist tatsächlich eine sehr ausführliche Dokumentation mitgekommen, und wie Philipp sind auch wir der Meinung, dass der Standort des Projektes sehr attraktiv ist. Wir sind auch der Ansicht, dass wir als Pratteln die Attraktivität des Standorts betonen und dass wir auch Forderungen stellen dürfen. Ich denke, in diesem Quartierplan werden gewisse Forderungen gestellt, und die Bau- und Planungskommission hat das noch ergänzt. Wir werden diesen Anträgen auch folgen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir in der Vergangenheit nicht unbedingt immer ganz gute Erfahrungen gemacht haben mit der Umsetzung von Quartierplänen. Uns ist sehr wichtig, dass man das nicht so handhaben wird, sondern ein Auge draufhat und verfolgt, dass es tatsächlich so umgesetzt wird wie versprochen. Ein kleines Beispiel für etwas nicht so gut Gelungenes ist etwa das Wasserbecken beim Aquila. Wir haben hier auch schon darüber gesprochen.

Uns ist auch sehr wichtig, dass die Umsetzung dieser versprochenen Grünflächen kommt. Das ist tatsächlich ein sehr attraktives Angebot, das wir aber auch einfordern möchten, vor allem, weil das Projekt ja eben in mehreren Teilen erfolgt. Bei aufmerksamem Betrachten habt ihr vielleicht gemerkt, dass die versprochenen Parks eigentlich erst im zweiten Teil kommen. Das heisst, wenn der zweite Teil kommt, dürfen wir dann nicht vergessen, dass diese Parks versprochen worden sind.

Es braucht einen langen Atem, bis das alles einmal steht und ich denke, unsere Aufgabe wird auch sein, das zu beobachten. Danke schön.

Fredi Wiesner: Die Fraktion der SVP ist ebenfalls für Eintreten heute Abend. Ich möchte aber zuerst der BPK Dank aussprechen für die umfangreiche Arbeit, die sie geleistet hat, um den Bericht zu erstellen über das Bredella-Areal West.

Wir werden diesen Änderungsanträgen und Beschlusanträgen mehrheitlich zustimmen. Bedauerlich finden wir halt, dass kein grösserer Verkaufsladen möglich ist, so dass die Prattler Bevölkerung weiterhin in benachbarten Gemeinden einkaufen muss. Das generiert schlussendlich auch Verkehr.

Kurt Lanz: Es gibt noch ganz kurz einige Dinge zu sagen zu den Rednern, die jetzt hier ihr Votum losgeworden sind.

Erstens, als Präsident der Bau- und Planungskommission, ich denke aber auch als Bauplanungskommission im Ganzen sind wir, bin ich froh, dass das Projekt nicht umstritten ist, dass zumindest darauf eingestiegen wird und die erste Lesung erfolgt, dass man es nicht zurückweist.

Zweitens hat Philipp Schoch ja erklärt, dass es tatsächlich so ist: Das ist heute die erste Lesung. Man kann heute vorbringen, was man gerne im Reglement haben möchte. Der Gemeinderat hat uns in den Worten von Philipp Schoch versprochen, dass er Fragen, die nicht geklärt sind, auf die nächste Sitzung hin abklären wird, und wie Rahel Graf gesagt hat, ist das eine länger dauernde Geschichte, die nicht in zwei Jahren fertig ist.

Das dauert wirklich länger und darum ist es eben auch richtig, es jetzt in Angriff zu nehmen und gut zu begleiten, wie es gesagt wurde. Natürlich, es hat ganz viel Zeit in Anspruch genommen. Der Wunsch der Prattler Bevölkerung ist tatsächlich, einen grösseren, besseren Laden zu haben als die zwei Läden, die es jetzt im Dorf gibt. Aber da hat halt alles nichts genützt, wir haben es nicht geschafft, hier irgendeinen Weg zu finden für eine grössere Verkehrsfläche. Darum bin ich froh, dass wir jetzt einsteigen können. Danke vielmals.

Abstimmung

//: Eintreten wird mit grossem Mehr beschlossen.

Dieter Stohler: Der Quartierplan Bredella ist eine grosse Kiste, und wenn man in Betracht zieht, dass es nach dem Westteil ja noch weitergeht in den Osten, dann ist immer wieder die Rede davon – und das muss man rechtzeitig planen –, dass Prattelns Infrastruktur direkt betroffen ist. Sei es wegen Schulbauten, Spielplätzen, Strassenvorhaben, Zubringerstrassen, Kreisel etcetera. Aber das Ganze, die Infrastruktur, birgt wohl nicht unwesentliche finanzielle Komponenten für Pratteln. In der Vorlage steht darüber herzlich wenig, um nicht zu sagen, nichts.

Sechs Ziele stehen in der Vorlage und sind vorher auch von Gemeinderat Schoch wiederholt worden. Am Schluss des Absatzes 2.4 heisst es «die Finanzierung erfolgt gemeinsam durch die Grundeigentümerschaft und die Gemeinde Pratteln. Ferner sind hohe Beträge durch Bund, Agglomerationsprogramm und gegebenenfalls vom Kanton zu erwarten. Die Beschlüsse über die kommunale Finanzierung der öffentlichen Infrastrukturen der Gemeinde unterliegen den regulären Finanzkompetenzen». So steht das drin. Also ich weiss damit nicht, was auf die Gemeinde Pratteln in finanzieller Hinsicht zukommt. Wir haben unsere Vertreterin in der BPK gebeten, hier für Klarheit und Transparenz zu sorgen. Im BPK steht dazu auch herzlich wenig, nämlich, dass die Infrastrukturen dank Bundesbeiträgen auf 25% reduziert werden können. Das klingt nach Schnäppchen, super, aber ich möchte wissen, 25% von welchem Betrag? Mit welchen Kosten rechnen wir grob für Pratteln? Kann die Gemeinde das stemmen, ohne sich weiter zu verschulden? Auch mir ist selbstverständlich klar, dass die Zahlen heute nicht präzise vorliegen, aber irgendjemand von der Gemeinde muss mit Zahlen rechnen oder budgetieren oder mit Schätzungen beginnen, und daran möchte ich einfach teilhaben. Sonst, wenn der Quartierplan eine reine Blackbox darstellt, kann ich diesem einfach nicht zustimmen. Immerhin ist ja die Finanzlage von Pratteln jetzt schon recht prekär. Man muss also jetzt gut planen und klären, was wir finanzieren wollen und können. In diesem Sinn bin ich weiterhin positiv eingestellt. Ich gehöre jetzt dem Ja-Lager an – noch. Ich hoffe für das Projekt, dass das so bleibt, aber ich brauche zusätzliche Angaben zu den finanziellen Auswirkungen.

Mit den Äusserungen von Gemeinderat Schoch kann ich mich nicht zufriedengeben, erst recht nicht mit dem, was jetzt schriftlich vorliegt. Für diese Hausaufgabe ist der Gemeinderat verantwortlich. Es reicht mir, auf die zweite Lesung hier Unterlagen mit entsprechend weiteren Informationen zu erhalten. Ich danke im Voraus dafür.

Paul Dalcher: Beim Referat von Philipp Schoch habe ich mich an einen Mann in Liestal erinnert, der die gleiche Parteifarbe und die gleiche Schuhfarbe hat wie er. Das ist Isaac Reber, der es genau gleich schon gesagt hat, auch mit derselben Präsentationsfolie. Auch er hat von riesigen Chancen etcetera geredet, was der Bahnhof alles ist und könnte und soll. Ich sehe das ein bisschen anders. Darum habe ich euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vor einer Woche noch einmal etwas zugeschickt mit meinen Überlegungen. Das möchte ich jetzt hier nicht anbringen. Ich werde nicht auf die einzelnen Punkte eintreten, die dort aufgeführt sind. Ich werde jetzt einfach den Rückweisungsantrag, den ich schriftlich ans Büro gestellt habe, begründen und Ihnen beliebt machen. Die Kernaussage meines Rückweisungsantrages ist: Kein Wohnen auf Bredella West noch Süd. Das Areal freihalten für wertschöpfungsintensive Firmen, IT-Park, Campus-Konzept, Dienstleistungsunternehmen, Gewerbe. Meine Damen und Herren, was in Allschwil und in Arlesheim geht, sollte auch in Pratteln gehen. Man muss nur bereitmachen, muss nur richtig positionieren und entsprechend kommunizieren. Also, das wertvolle Land, das gut erschlossen ist zwischen Autobahn und Bahnhof und Gleisen sollte man freihalten für Arbeit, denn damit ist Pratteln gross geworden. Die Toplage, welche erwähnt wurde ist, ist nicht nur zum Wohnen gut, sondern es ist doch auch für Arbeitsplätze gut und wichtig, dass dort arbeitende Personen in der Nähe schnell den Zug nehmen können. Das ist die Kernaussage; kein Wohnen auf Bredella West und Süd.

Dann komme ich zum Bericht der Bau- und Planungskommission. Ich persönlich finde ihn ein bisschen mager nach 13 Sitzungen. Er verliert sich im Detail und bietet keine Gesamtübersicht über das Ganze, keine entsprechende Würdigung. Was mich sehr gestört hat: Da sind die Befürworter zum Hearing eingeladen worden. Wahrscheinlich hat man nachher noch einen Apéro Riche gehabt, aber Fairplay wäre da gewesen, innerhalb einer parlamentarischen Kommission auch Personen anzuhören, die öffentlich eine andere Meinung vertreten. So laufen demokratische Spielregeln und nicht einfach nur – entschuldigen Sie das Wort – aufgeilen lassen von Investoren mit Hochglanzprospekten etcetera. Das finde ich einfach nicht sehr geschickt von der Bau- und Planungskommission. Es ist halt doch ganz nach dem Gusto der classe politique. Ich habe auch den Eindruck, Ziel dieses Vorgehens sei es, das Geschäft möglichst schnell beim Volk durchzuschleusen.

Jetzt komme ich zur Vorlage des Gemeinderats. Ich habe sie wägen lassen beim abholen. Glücklicherweise habe ich einen SUV: 2'822 Gramm schwer war diese Vorlage, fast 3 Kilo. Dazu kommen noch zahlreiche Hochglanz-Public Relations und Werbebotschaften, meist mit

dem Absender der Gemeinde etcetera als Sprachrohr des Investors. Dieser Investor schreckt nicht einmal zurück vor der Instrumentalisierung von Kindern für Politwerbung. Denken Sie an die Junioren Bambini-Ligen beim FC Pratteln. Alle haben dort das Logo von Bredella. Das ist nach meiner Auffassung ethisch nicht ganz vertretbar.

Konkret geht es doch jetzt darum - und das ist der Sinn meines Rückweisungsantrags – übergeordnet die »ob«-Frage zu stellen. Erst wenn wir die «ob»-Frage gestellt und beantwortet haben, kommen wir zum «wie», kommen wir zum Detail und zu den 2'822 Gramm. Ob wir ein neues Stadtquartier jenseits der Bahn überhaupt wollen, ob wir den Bahnhof als neues Begegnungszentrum sehen. Ich weiss nicht, was uns da begegnen, was das bringen sollte. Da sind sehr viele Güterzüge, darauf kommen wir noch. Es sind ein paar Züge, die halten und wieder wegfahren, aber das ist alles. Das ist doch nicht attraktiv, das gibt kein Zentrum. Ob wir das bestehende, organisch gewachsene Ortszentrum, das wir alle kennen, für das wir auch kämpfen und für welches wir schon eine Menge ausgegeben haben, ob wir das einfach verschieben wollen oder sogar verreißen, zerreißen, denn das Zentrum ist doch dort, wo das kulturelle Leben stattfindet. Ob der Prattler Bahnhof dazu die notwendigen Kriterien überhaupt hat. Er ist ein Zubringerbahnhof, ein Drittklass-Bahnhof. Da gibt es nie Schnellzug-Halte. Er ist nicht attraktiv, er ist wie bereits gesagt ein Drittklass-Bahnhof. Kürzlich habe ich in der Zeitung die Publikation der SBB gelesen, die gezeigt hat, dass die Prattler Bevölkerung eine unterdurchschnittliche Anzahl an Halbtaxabos und Generalabos nutzt. Es fahren also sehr wenige Prattlerinnen und Prattler Zug, und jetzt wollen wir alles aufwerten mit dem Bahnhof, der von so wenigen Leuten genutzt wird – das entbehrt jeder Logik.

Ob wir als Gemeinde in diesem Areal-Pokerspiel mitmachen sollen, ist eine Frage. Arealentwickler ziehen ein Planungsbüro bei, welches ein Phantom eines virtuellen spekulativen Renditemonsters skizziert, und der Hauptgewinner des Areal-Spiels dort unten, der ist nicht mehr da. Der hat schon kassiert. Jetzt kommt der nächste Player dran, der durchziehen muss, was einmal versprochen wurde, ohne entsprechende Kompetenzen zu haben. Er muss die 800 Wohnungen bauen, sonst geht die Rechnung nicht auf. Ob weitere ähnliche Wohnungsangebote vom Standard her, Preis, Lage, Wohnqualität, Nebenzentrale – ob das überhaupt sinnvoll ist. Gemeinderat Schoch hat einmal geschrieben, Pratteln sei diesbezüglich einseitig unterwegs, aber das ist ja genau das, was wir machen. Sonst macht man gerade noch einmal eine sehr dichte, kasernenmässige Wohnüberbauung, was sicher nicht sehr gemütlich und qualitativ gut sein wird. Ob wir uns bewusst sind, dass der Ausländeranteil heute mehr als 42% beträgt und absehbar ist, dass, wenn es so weitergeht, wie der Investor das will, der Anteil 50% überschreiten wird in Pratteln. Die Mehrheit in Pratteln werden also ausländische Mitbürger darstellen. Die entsprechende Entwicklung kann man sich gut vorstellen. Ob wir das finanziell mit einem unterdurchschnittlichen Steuerertrag pro Kopf und ohne Erneuerung der Steuer überhaupt leisten können. Ob wir ohne Not derartige Eingriffe in die Siedlungsentwicklung riskieren wollen. Das ist doch eine wichtige Frage. Solange wir diese «ob»-Fragen nicht sauber klären, verheddern wir uns im «wie», in diesen 2'822 Gramm. Wir sind auf dem besten Weg dazu, wenn man dort weitermacht. Darum, stellen Sie sich doch diese «ob»-Fragen auch und unterstützen Sie meinen Antrag zur Rückweisung mit der Forderung «kein Wohnen auf Bredella West und Ost». Danke vielmals.

Urs Schneider: Wir haben einen Rückweisungsantrag von Paul Dalcher und reden jetzt nur über diesen Rückweisungsantrag.

Kurt Lanz: Ich habe jetzt sehr viel gehört von Paul Dalcher. Natürlich möchte ich Sie auffordern, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen. Was ich aber gerade jetzt und hier auch sagen will ist, nein, die Bau- und Planungskommission hat nie einen Apéro Riche erhalten. Danke vielmals für das Nicht-Zurückweisen.

GR Philipp Schoch: Ich möchte nur schnell auf den Inhalt der Rückweisung eingehen. Paul, du hast gesagt, es soll nur ein Gewerbegebiet sein und keine Wohnnutzung dort. Wir sind der festen Überzeugung, dass es eine verpasste Chance wäre, dort nur Gewerbe zu realisieren. Man kann das heutzutage sehr gut verbinden.

Die beiden Nutzungen Wohnen und Gewerbe kann man gerade an diesem Standort mit dieser Erschliessung ideal verbinden. Leute, die wohnen und Leute, die arbeiten brauchen beide gute Verkehrsverbindungen. Das haben wir dort, und wir können beides unter einen Hut bringen. Gleichviel Gewerbe, d.h. gleichviel Fläche für das Gewerbe, wie wir es heute haben, können wir auch mit Bredella weiterentwickeln. Zusätzlich können wir aber noch 70% Wohnen realisieren. Also der Anteil ist 30% Gewerbe, derselbe Anteil wie heute, und dazu kommt noch einmal 70% Wohnanteil. Damit kann man den Ort entsprechend aufwerten und beleben. Darum lehnen Sie bitte die Rückweisung ab. Es wäre eine verpasste Chance für Pratteln, wenn man dort nur Gewerbe machen würde. Danke.

Abstimmung

://: Der Rückweisungsantrag von Paul Dalcher, parteilos, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Bernhard Zwahlen: Ich komme nochmals darauf zurück, weshalb der Quartierplan für uns super ist. Er ist an einer guten Lage. Wir haben schon ganz viel gehört von Philipp Schoch, warum es wirklich optimal ist, dort Wohnungen zu bauen. Ich bin sehr froh, dass wir das jetzt nicht gerade abgelehnt haben.

Wegen Finanzen: Ja, die Gemeinde muss Sachen bauen und sie muss gewisse Sachen finanzieren. Wenn aber jetzt auf die nächste Sitzung hin die Finanzen berechnet werden, welche die Gemeinde ausgibt, so möchte ich, dass man auch rechnet, wieviel Geld reinkommt. Das wird schon wieder schwierig. Im BPK-Bericht steht, es sind recht viele Eigentumswohnungen. Ich nehme an, das sind nicht ganz arme Leute, denn sonst könnten sie sich ja keine Eigentumswohnung leisten. Es ist also anzunehmen, dass sie Steuern zahlen, und wenn man Steuern zahlt, kann man vielleicht auch ein Schulhaus damit bauen.

Der Investor: Ich denke, ihr wisst langsam, ich bin absolut nie auf der Seite des Investors. Ich muss aber sagen, der Investor hat jetzt einen Quartierplan vorliegen, wie ich ihn in diesem detaillierten Ausmass noch nie gesehen habe. Wir von den Unabhängigen haben Mitwirkungsberichte geschrieben. Das hat allen hier offen gestanden und einige haben davon Gebrauch gemacht. Ich muss sagen, von uns ist sehr, sehr, sehr viel eingeflossen, was den Investor auch wirklich viel kostet, etwa Solarzellen an Fassaden. Ich meine, wenn der Investor das nicht hätte zahlen wollen, hätte er dort mehr dagegen gesprochen. Er hat es aber aufgenommen und sogar noch mit gewissen Fassaden definiert, wo es wirklich Sinn macht. Es gibt Pärke für die Bevölkerung des Dorfs. Ich glaube, wir als hiesige Bevölkerung profitieren davon und die zukünftige Bevölkerung ebenfalls. Also es ist wirklich nicht ein so schlechter Quartierplan.

1. Lesung

Allgemeine Bestimmungen

§1, Masterplan

§2, Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Quartierplanung

§3, Geltungsbereich und Inhalt - Keine Wortmeldungen

Art und Mass der baulichen Nutzung

§4, Art der Nutzung

Dieter Pfirter: Die Fraktion FDP-Die Mitte möchte beantragen, beim §4 Absatz 2 keinen Mindestanteil von Wohnungen festzulegen, sondern nur den Maximalanteil. Bei diesen beiden Paragraphen sind wir einverstanden mit dem jetzt schon bestehenden Maximum von 100%.

Die Begründung ist - wie das Paul Dalcher und auch andere schon gesagt haben - dass die Lage an der Salinenstrasse nicht die beste Lage ist in diesem Gelände. Wenn die Investoren zum Schluss kommen, dass sie dort Wohnungen machen wollen, ist das ihre Sache. Aber wenn sie zum Schluss kommen, dass sie dort einen höheren Gewerbeanteil haben möchten, sehen wir nicht ein, warum man das verhindern sollte.

Mauro Pavan: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Wir haben im Moment eine Wohnungsknappheit, und dort die Maximalzahl festzuschreiben, fände ich auch nicht richtig. Was ich grundsätzlich ein bisschen vermisse in diesem Quartierplan, ist ein Anteil an

erschwinglichen Wohnungen. Ich bin der Meinung, das sei ursprünglich einmal die Idee gewesen und wir werden uns vorbehalten, eventuell einen Antrag dazu in der zweiten Lesung zu bringen. Ein gewisser Anteil an gemeinnützigem Wohnungsbau fehlt jetzt da komplett, und darum würde ich sicher nicht in die andere Richtung gehen und den Wohnanteil jetzt noch reduzieren wollen.

Bernhard Zwahlen: Ich habe es gerade nochmals kurz angeschaut. Der Antrag betrifft meiner Meinung nach nur zwei Gebäudeteile, und zwar die Gebäudeteile A. Bei den anderen Gebäudeteilen steht bei den Wohnungen schon geschrieben «maximal». Daher finde ich, es gibt Gebäude, die man komplett für Gewerbe nutzen kann und bei den anderen ist halt wirklich Wohnen vorgesehen.

Das sind bewusst diejenigen, die ein bisschen entfernt sind von der Bahn. Ich glaube, das macht Sinn und bitte euch, den Antrag nicht anzunehmen.

Abstimmung

Änderungsantrag §4, Abs. 2: Mindestanteil an Wohnungen in a) A1 und b) A2a und A2b) ist zu streichen, maximal 100%

://: Der Antrag von Didier Pfirter, FDP, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

§5, Mass der baulichen Nutzung

Gestaltungsanforderungen und Qualitätssicherung

§6, Gestaltungsanforderungen und Qualitätssicherung

Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten

§7, Baubereich, Gebäudehöhen und Dachgestaltung

Bauweise

§8, besondere Bauweise Baubereiche A

§9, Besondere Bauweise Baubereiche B1

§10, Besondere Bauweise Baubereich C1

§11, Energiestandard, Wärme- und Energieerzeugung

Freiraum

§12, Freiraumkonzept und Nachweis Umgebungsgestaltung - Keine Wortmeldungen

§13, Grundsätze

Kurt Lanz: Die Bau- und Planungskommission macht Ihnen da einen Vorschlag. Ich denke, ich muss es nicht vorlesen, er liegt ja allen schriftlich vor.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag der BPK

Änderungsantrag der BPK 5.1 zu §13 Grundsätze:

Abs. 8 ist folgendermassen zu erweitern: Es ist eine öffentlich zugängliche Wasserfläche von mindestens 25 m² zu erstellen, **welche zweckmässig zu unterhalten und dauernd zu erhalten ist.**

://: Der Antrag der BPK wird mit grossem Mehr genehmigt.

Fortsetzung der Lesung

§14, Freiraumtypologien

Paul Dalcher: Zu Ziffer 2 habe ich noch zwei Bemerkungen. Das steht die Bezeichnung «neue Bahnhofstrasse». Im Mitwirkungsverfahren, im Bericht wurde gesagt, »neue Bahnhofstrasse« wäre irreführend, das wäre ja die Verlängerung der jetzigen und dann

«neu». Das würde nur als Provisorium angesehen und entsprechend angepasst. Jetzt ist es immer noch drin. Ist das ein Provisorium, oder wird man da nicht so ernst genommen?

Punkt 3: Das klingt schon wahnsinnig romantisch, Talbachpromenade und Spillgässli und Brunngässli etcetera, aber mit dieser Dichte, dieser dichten Bauweise der Baukörper dort - gehen Sie einmal schauen, Münchackerstrasse 39, Ecke Hohenrainstrasse. Gehen Sie einmal abends oder nachts Richtung Ceres-Hochhaus, zwischen den beiden riesigen, langen, dunklen und unfreundlichen Baukörpern. Ob man da sicher ist, ob eine Familie da sicher sein kann? Man muss auch ein bisschen realistisch sein und solche Sachen fragen, Dann noch eine Frage zu Punkt 6, Bahnhofplatz dient als Busbahnhof: Wie viele neue Buslinien kommen?

Wenn Sie das noch abklären müssen, ist das okay. Die Parkierung für Taxis und Kiss and Ride ist gut, aber sind wir uns dessen bewusst, dass es für alle, die südlich der Bahnlinie wohnen und arbeiten, dann eine Verschlechterung gegenüber dem heutigen Zustand darstellt? Wir alle müssen weitere Wege gehen, um zum Bus zu gelangen oder zum Taxi etcetera. Wir müssen die Gleise über- oder unterqueren oder weiss ich was. Es gibt also eine Verschlechterung für den Hauptteil der Bevölkerung bei uns.

«Der Bahnhofplatz ist angemessen und nachhaltig zu begrünen» – etwa wie dort beim Aquila, nehme ich an. Wenn man solche Floskeln hineinschreibt, nichtssagende Sachen, kann man nichts anfangen mit dem Reglement. Ich finde es schade, dass man da Süssholz raspelt. Man kann nicht prüfen, ob das eingehalten wird oder nicht. Diese Bestimmungen sind also sehr unscharf.

Bernhard Zwahlen: Jetzt komme ich mit zwei Anträgen: Der eine Antrag ist Bahnhofplatz §14.6. In Zukunft werden Busse elektrisch fahren und ich möchte, dass jetzt schon im Quartierplan Busladestationen bewilligt werden. Ich will nicht, dass der Investor oder die Gemeinde die schon baut. Ich will, dass Platz dafür freigelassen und eingerechnet wird. Ich will den Paragraphen folgendermassen abändern: Den ganzen Paragraphen, und am Schluss «Ladestationen für Elektrobusse sind zugelassen. Standorte dafür sind einzuplanen und baulich freizuhalten». Ich hoffe, Sie können diesem Antrag zustimmen.

Dann habe ich noch einen zweiten Antrag. Ich habe in der Mitwirkung schon geschrieben, dass mir dieser Brunnen am Bahnhof sehr wichtig ist. Für Reisende ist es einfach gut, wenn man schnell eine Trinkwasserflasche füllen kann. Will man in Pratteln wandern oder einen Ausflug machen, ist es auch gut, wenn man aus dem Zug aussteigen kann und nicht im Coop eine Flasche kaufen muss, sondern sie an einem Brunnen füllen kann. Die BPK würde den Brunnen ebenfalls begrüßen, wie man gesehen hat, aber er ist nirgends definiert. Deswegen stelle ich einen Antrag: Nach dem Satz «der Bahnhofplatz ist angemessen und nachhaltig zu begrünen» sollte noch stehen «und ein Brunnen ist vorzusehen».

Kurt Lanz: Ich würde gerne wissen, wie das Abstimmungsverfahren ist, denn wir haben ja auch noch einen Antrag. Stimmen wir über jeden einzelnen Punkt des Paragraphen ab? Dann stelle ich den Antrag der Bau- und Planungskommission noch her.

Urs Schneider: Die Bau- und Planungskommission hat einen Antrag im Absatz 11.

Kurt Lanz: Darf ich vorschlagen, dass man über die einzelnen Nummern innerhalb dieses Paragraphen einfach einzeln abstimmt. Dann kann ich unsere zwei Anträge nachher noch einmal stellen.

Abstimmung

Änderungsantrag §14, Abs.6:

Abs.6 ist folgendermassen zu ergänzen: (...) Ladestationen für Elektrobusse sind zugelassen. Standorte dafür sind einzuplanen und baulich freizuhalten (...).

://: Der Antrag von Bernhard Zwahlen, U/G, wird mit grossem Mehr genehmigt.

Änderungsantrag §14, Abs.6:

Abs. 6 ist folgendermassen zu ergänzen: (...) Der Bahnhofplatz ist angemessen und nachhaltig zu begrünen und ein Brunnen ist vorzusehen. (...)

://: Der Antrag von Bernhard Zwahlen, U/G, wird mit grossem Mehr genehmigt.

Kurt Lanz: Die Bau- und Planungskommission hat zwei Anträge zum §14. Der eine Antrag ist eine Erweiterung in Absatz 11, das heisst, Absatz 11 steht da, und dann kommt der Einschub.

Der zweite Antrag wäre eigentlich, dass wir noch einen Absatz 12 machen würden. Den Text haben sie ja vor sich liegen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag der BPK

Änderungsantrag der BPK 5.2 zu §14 Freiraumtypologien:

Erweiterung im Absatz 11: (...) Der Freiraum 11 dient auch als Retentionsfläche für das Meteorwasser des angrenzenden Freiraums 4 (Gleispromenade). Die Erstellung von Lärmschutzwänden ist zulässig, wenn mit allen Massnahmen nachweislich kein ausreichender Lärmschutz gewährleistet bzw. dies erst mit Lärmschutzwänden als letzte Massnahme nachweislich erreicht werden kann. Dabei sind die Lärmschutzwände auf das Minimum zu begrenzen ~~und~~, dürfen nicht zu einer Verschattung des Freiraum 11 führen **und sind «reptilienfreundlich» auszuführen.** (...)

://: Der Antrag der BPK wird mit grossem Mehr genehmigt.

GR Philipp Schoch: Danke schön vielmals. Einige kurze Antworten an Paul Dalcher. Der Grundsatz, den wir bei Quartierplanungen anwenden, egal wie dieser Quartierplan heisst, ist, wir regeln sehr viel und wir regeln scharf. Das ist der Grundsatz, wie wir ihn anwenden. Du hast jetzt einen Paragraphen oder ein Wort herausgesucht, welches vielleicht nicht so scharf ist, aber im Grundsatz regeln wir sehr scharf. Das sagen uns auch die Investoren immer. Sie finden das eigentlich doof, wie wir das machen. Auch die Raumplaner sagen immer wieder, es ist nicht gut, wenn man alles so scharf, so exakt regelt. Das gilt dann auch in 50 Jahren noch, was wir jetzt da im Quartierplan regeln, das gilt für die Zukunft. Das kann man dann nicht einfach so abändern. Das ist der Grundsatz, so gehen wir vor. Wir regeln sehr scharf.

Zur Buslinie hast du gefragt, wie viele Busse da kommen. Es kann leider heute niemand sagen, wie viele Buslinien es im Jahr 2043 geben wird. Heute haben wir drei Buslinien, zwei im Süden, also auf dieser Seite des Bahnhofs, und eine im Norden. Dass man das neu regeln will, darüber haben wir an der letzten Sitzung oder in den letzten Sitzungen auch schon diskutiert, dass der Bahnhofplatz im Süden ein Problem ist. Wir wollen dort entflechten, wollen das besser organisieren. Wir wollen den Busbahnhof zentral im Norden neu regeln, zusammen mit dem Kanton. Das ist auch nicht irgendwie unsere Idee.

Dann brauchen wir wirklich – da hast du recht, da gebe ich dir jetzt wirklich 100% recht – andere Namen. Es kann nicht sein, dass das «Neue Bahnhofstrasse» heisst, es kann nicht sein, dass das «Bahnhofplatz Nord» heisst, das ist Quatsch. Wir müssen dort wirklich identitätsstiftende Namen haben, irgendwas wie zum Beispiel Schlossgasse oder so etwas. Wir brauchen gute Namen, um die Identifikation am Ort schaffen.

Du hast noch die Sicherheit erwähnt. Wir wissen alle, dass wir nicht nur gute Beispiele realisiert haben in den letzten Jahren, was die Stadtentwicklung in Pratteln angeht, das ist so. Wir wollen es besser machen. Ich habe das schon ein paarmal gesagt und möchte schon bitten, nicht alles schlechtzureden. Ich trete an und möchte es eigentlich besser machen. Wir sind auf dem besten Weg dazu, gute Lösungen zu finden bei allen grossen Quartierplänen und auch bei Bredella. Merci.

Fortsetzung der Lesung

Verkehr

§15, Erschliessung - Keine Wortmeldungen

§16, Ausmass der Parkierung

Paul Dalcher: Bezüglich Schärfe der Paragraphen, wie jetzt gerade Philipp Schoch gesagt hat, nimmt mich wunder, wie scharf das ist. Der Investor hat mittlerweile – nicht von Anfang an – durchblicken lassen, dass hier Privat-Wohneigentum kommen sollte, dass er bereit wäre dazu.

Ist der Gemeinderat bereit, das scharf zu formulieren und auch zu sagen, so und so viel Prozent muss für Privat-Wohneigentum reserviert und angeboten werden? Das ist scharf und nicht, in der Abstimmung oder im Vorfeld zu sagen, es komme, und kaum ist es soweit, ist es dann nicht so.

Dieter Pfirter: Die FDP-Die Mitte-Fraktion beantragt, den oberen Wert auf 0,9 und den unteren Wert auf 0,7 festzulegen statt jetzt 0,7 und 0,5.

Bernhard Zwahlen: Ich bitte euch, nichts an den Parkplatzzahlen zu ändern. Ich habe nämlich in der Mitwirkung schon hineingeschrieben, runter auf 0,4 mit den Parkplätzen. Es ist beim Bahnhof. Es gibt Siedlungen, die komplett autofrei auskommen. Ich glaube, es ist ein Kompromiss zwischen dem, was es braucht und dem, was Sinn macht. Ich glaube, ich kann mit beiden Zahlen leben. Am liebsten würden wir das 0,7 ganz streichen und 0,6 behalten.

Stimmen wir dem zu, komme ich mit anderen Anträgen und probiere, es ganz heraus zu löschen. Also ich möchte, dass wir es so machen, weil ich der Meinung bin, es ist ein Kompromiss. Danke vielmals.

Simon Käch: Mein Votum geht eigentlich genau in die gleiche Richtung. Wir haben jetzt eine ausgewogene Lösung.

Ich persönlich habe bei der ersten Variante gedacht, das sei viel zu viel. Man muss schon sehen, wir sind am Bahnhof Pratteln. Das ist eine der besterschlossenen Lagen des Kantons Baselland, was den ÖV betrifft.

Wir haben jetzt einen Viertelstundentakt bei der S-Bahn nach Basel. Das wird noch besser, wenn nachher ein Viertelstundentakt nach Liestal kommt. Dann haben wir eine noch bessere Anbindung direkt am Bahnhof SBB. Wir haben wirklich eine Toplage, was den ÖV anbelangt, und darum macht es keinen Sinn, dort die Parkplatzanzahl hinaufzusetzen. An diesem Ort müssen wir darauf schauen, wirklich auf den ÖV zu setzen, damit dort nicht noch mehr MIV entsteht. Damit sind wir beim nächsten Problem. Wir haben jetzt schon stark belastete Strassen, das wissen Sie alle. Die Hohenrainstrasse ist am Abend zu Spitzenzeiten schon stark belastet. Wir werden dort eine Verdichtung haben. Wir werden zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner bekommen, müssen aber schauen, dass die Entwicklung dort sich nicht zu einer merklich starken Zunahme des MIV hinbewegt. Sonst haben wir wirklich ein Problem auf der Strasse. Dann ist alles verstopft und funktioniert nicht mehr. Das ist übrigens etwas, das hört man häufig von Seite der Gewerbler. Es gibt solche, die auf das Auto angewiesen sind. Das ist eine Tatsache, die brauchen das Auto, das wissen wir auch. Aber es ist ja dann auch im Sinn des Gewerbes, wenn diejenigen, die dort wohnen, nicht unbedingt das Auto brauchen. Dann haben wir Kapazitäten, die eben für das Gewerbe übrigbleiben, damit diese ihrer Tätigkeit nachgehen können. Also ich bitte euch wirklich, diesen Anträgen nicht zuzustimmen und diesen Kompromiss so stehen zu lassen. Besten Dank.

Dieter Stohler: Das jetzige als Kompromiss zu bezeichnen, ist natürlich eine sehr einseitige Angelegenheit. Es ist alles andere als ein Kompromiss. Wir schlagen mit dem Antrag von Didier Pfirter eine Kompromisslösung vor. Verdichtetes Bauen finden wir grundsätzlich in Ordnung, aber man kann es auch übertreiben. Der vorliegende Quartierplan ist unseres Erachtens sehr, um nicht zu sagen zu sehr verdichtet. Wenn wir jetzt hier in Manhattan wohnen würden und eine Riesenstadt wären, wo die umliegenden Quartiere genau gleich verdichtet wären, würde ich nichts sagen. Die umliegenden Quartiere sind aber nicht so verdichtet, und irgendwann passt das nicht mehr zusammen.

Man muss sich auch auf dem Bredella-Areal wie in den umliegenden Quartieren frei bewegen und, in meinen Worten gesagt, atmen können. Deswegen müssen wir jetzt aber nicht den ganzen Quartierplan umkrepeln, sondern eine an sich simple Anpassung machen, wie das der Antrag ja ist: Die Mindestanzahl von Parkplätzen erhöhen, um eben dadurch ein bisschen mehr Freiraum, ein bisschen mehr Bewegungsfreiheit zu schaffen. Ich

denke insbesondere an mehr Besucherparkplätze. Das ist für uns oder für mich persönlich der Haupttreiber.

Ich habe auch in Ziffer 8,1 des Mitwirkungsgewichts hier meine Fragen gestellt gehabt und gefragt, wie denn die Anzahl der Besucherparkplätze zu Stande komme, was eben nirgends steht. Die Antwort war lapidar: Erstens, es gibt eine gesetzliche Mindestanzahl und an die halten wir uns, darum müssen wir nichts ins Reglement hineinschreiben. Die zweite Antwort, haltet euch fest, hat geheissen, Besucherparkplätze, die stehen in der Nacht halt oft leer. Ja, das gehört halt zu den Besucherparkplätzen! Ein Coopladen, der am Abend geschlossen ist, steht auch leer. Das ist eine genau gleichwertige Antwort. Also damit kommen wir natürlich schon nicht weiter. Wir stellen einfach fest, dass das Auto halt ein Feindbild ist und immer mehr hinausgedrängt wird. Sie wissen aber, ich habe nichts mit der Autolobby am Hut.

Aber nach meinen Vorstellungen gehören zu einem guten Zusammenleben auch gute Zufahrtsmöglichkeiten. Man kann wohl sagen, dass man mit dem Quartier junge VelofahrerInnen ansprechen möchte. Das ist auch super, da ist nichts einzuwenden dagegen. Aber viele dieser Wohnungen haben nun einmal einen Handwerker nötig oder einen Küchenbauer oder einen, der eine neue Einbauküche liefert. Dann sind es gerade mehrere Handwerker, die einen Parkplatz suchen. Umgekehrt, das dort angesiedelte Gewerbe möchte auch, dass der Kunde, der zum Coiffeur kommt, zum Zahnarzt, ins Yoga geht oder ein Konzert besucht, mit dem Auto anreisen kann. Ein lebendiges Quartier lebt nicht nur von den eigenen Bewohnern, sondern auch von einer gewissen Zu- und Wegfahrt.

Ich bin zufällig privat gerade an einem Umbauprojekt in einem Einfamilienhaus, und einige Handwerker, mit denen ich jetzt in Kontakt stehe, haben mir erzählt, dass sie in Basel-Stadt nicht mehr gerne Aufträge ausführen würden. Das gibt mir zu denken. Ich habe dann nach dem Grund gefragt, und die Antwort war, wegen den Parkplätzen und den fehlenden Zufahrtsmöglichkeiten. Darum legen wir Wert darauf, dass insbesondere die Besucherparkplätze gross sind. Ich bin ja wie gesagt nicht Bauspezialist, aber wenn es so ist, wie ich annehme, dass die Anzahl der Besucherparkplätze nur geändert werden kann, indem man auch die Standparkplätze anheben muss, dann ist das die einfache Möglichkeit, da ein bisschen korrigierend einzugreifen. Es ist ja eine wirklich kleine Änderung. Vielleicht einfach noch zur Ergänzung und zum Abrunden des Themas: Es wird immer wieder erwähnt, heutzutage seien es immer weniger Autos. Die Jungen gehen nicht mehr in die Fahrstunde. Das mag sein, sie haben einfach ihr Auto fünf oder zehn Jahre später, die Familie haben sie vielleicht auch später. Ich möchte diesen Leuten einfach sagen, schaut einmal in die Statistik. Die Statistik der eingelösten Motorfahrzeuge, die habe nicht ich gemacht. Lassen wir auch die Lastwagen weg. Seit 2005, was auf dem Blatt hier aufgelistet ist, haben die Zahlen einfach zugenommen. Sie haben noch einmal zugenommen zwischen 2020 und 2023. Im Kanton Baselland waren es 2020 150'000 eingelöste Fahrzeuge, also Personenwagen, und jetzt im Jahr 2023 sind es schon 153'000. Gesamtschweizerisch sehen die Zahlen gleich aus. Also bitte berücksichtigen Sie das, wenn es irgendeine Lösung gäbe, diese Parkplätze sauber besser zu definieren. Damit man wirklich sagen kann, dass, wenn die Küche umgebaut wird und gerade vier Handwerker vor der Türe stehen, diese irgendeine Zufahrtsmöglichkeit haben, welche nicht einen Kilometer von dieser Wohnung entfernt ist. Besten Dank.

Patrick Weisskopf: Ich werde dem Antrag mit den Parkplätzen zustimmen, das ist bei jedem Quartierplan bei mir das gleiche. Ich hätte nämlich gerne die Fahrzeuge von der Strasse. Ausserdem müssen wir auch bedenken, dass noch andere Arten von Mobilität kommen werden, etwa das Elektrofahrzeug oder ein Wasserstofffahrzeug.

Wir wollen aber auch Kleinfahrzeuge, Cargovelos, und die müssen auch irgendwo abgestellt und geladen werden. Dafür brauchen wir Parkplätze, und wenn die Bauten einmal gemacht sind, dann können wir nicht mehr neue Parkplätze erstellen. Also müssen wir einfach weiterdenken. Man stellt ja auch fest, es wird immer mehr gestohlen, und damit steigt auch das Bedürfnis, irgendwo sein Fahrzeug, alles, auch ein Elektrovelo oder ein Cargovelo oder was weiss ich, sicher abstellen zu können. In einer Einstellhalle hat man die Möglichkeit, solche Parkplätze mit einem Gitter zu versehen. So kann man auch zusätzlich zu einer Wohnung Abstellraum kriegen, und das ist wichtig, denkt auch daran. Darum reicht es mir nicht, dass man sagt, es ist gut erschlossen, es fährt ein Zug, wir können mit 0,4 Parkplätzen auskommen. Das Bedürfnis und der Platzbedarf werden kommen.

Petra Ramseier: Ich möchte euch bitten, den Berechnungsfaktor der Parkplätze nicht zu ändern.

Das ist nicht eine Kleinigkeit, sondern der Berechnungsfaktor der Parkplätze ist eine der zentralen Grössen bei den Berechnungen für einen Quartierplan. Es geht dort darum, wie das Verkehrsaufkommen eingeschätzt wird, was für ein Verkehrskonzept daraus erfolgt und daraus, wie gross die Ausnutzung des Geländes sein kann. Setzt man jetzt die Parkplätze hinauf, rechnet der Kanton mit mehr Verkehr. Das heisst, die Nutzung des Quartiers muss eigentlich entsprechend heruntergesetzt werden, damit die angeschlossenen Strassen nicht zu stark überlastet werden. Das hängt alles zusammen, und wenn man jetzt daran zu drehen beginnt, müssen wir in der Folge auch an der Ausnutzung drehen.

Das zweite, das Problem Besucherparkplätze – Handwerker hat die BPK sehr ausführlich diskutiert. Zu den Besucherparkplätzen haben wir noch einen Lösungsvorschlag im §17, den ihr anschauen könnt. Damit sie näher bei den einzelnen Häusern sind, ist angedacht, einen Teil der Besucherparkplätze direkt zu den einzelnen Gebäuden zu verschieben. Wir haben über Schleichverkehr beziehungsweise Hallenparkplätze und Aussenparkplätze diskutiert. Die Wahrnehmung ist so, wie Sie es jetzt da auch gesagt haben, aber die Tatsache, die wir feststellen ist, dass es in den heutigen Quartierüberbauungen sehr viele Halleneinstellplätze hat. Es hat Leerbestand, der nicht genutzt wird. Also macht es einfach keinen Sinn, diese hochzusetzen, weil das Bedürfnis nicht da ist dafür. Darum bitte ich noch einmal, ändern Sie den Berechnungsfaktor für Parkplätze nicht.

Christoph Zwahlen: Als Dieter Stohler angefangen hat zu rechnen, hatte ich einfach ein Problem, das zu verstehen. Seine Sorge um Besucherparkplätze und Handwerkerparkplätze verstehe ich. Aber die Parkplatzzahl erhöhen empfinde ich einfach als einen Hebel, die Ausnutzungsziffer zu senken. Wenn das der Zweck ist, kann man das ja auch anders erreichen. Und sonst ist es für mich einfach eine komische Argumentation.

Bernhard Zwahlen: Nur kurz: Zufahrtswege waren unter §15. Wir sind jetzt bei §16. Es ist absurd, dass wir jetzt über die Zufahrtswege diskutieren, wenn vorher kein Antrag eingegangen ist, dass man die ändern will. Dann ist irgendetwas gekommen wegen benötigten Fahrradparkplätzen. Veloparkplätze sind reglementiert, sie stehen drin, ich bin zufrieden damit. Aber es hat relativ viele und ist sogar für Cargoabstellplätze gerechnet. Wir reden jetzt von Autoabstellplätzen, und davon sind die meisten mit Elektroladestationen vorgesehen. Nein, nicht die meisten, aber ein Grossteil. Aber es müssen alle so gestaltet werden, dass man sie noch erweitern kann.

Und dann noch zum dritten Argument, man könnte die Parkflächen als Lagerraum brauchen. Das ist brandtechnisch nicht möglich. Das weiss ich, weil ich auch in einer Mietwohnung gewohnt habe, und dort durfte man ja nicht einmal die Pneu in der Einstellhalle lagern. Also das ist eine Argumentation, die auch nicht zieht. Danke.

Dieter Pfirter: Ich habe es vorher unterlassen, unseren Antrag zu begründen. Nach der langen Diskussion ist das scheinbar doch noch notwendig. Gemeinderat Schoch und andere haben beim Eintreten gesagt, das Gelände sei hervorragend gelegen zwischen Bahnhof und Autobahn. Auf die Autobahn gehen die meisten Leute nicht mit dem ÖV.

Zum anderen kenne ich viele Leute, auch ehemalige grüne Einwohnerräte aus dem Freundeskreis mit einem Generalabonnement, die trotzdem ein Auto haben. Es gibt Situationen, in denen man halt ein Auto braucht, und das muss auch irgendwo stehen. Und fast noch das wichtigste Argument: Es ist gesagt worden, es gebe dort einen sehr hohen Anteil an Eigentumswohnungen. Wenn jemand eine Eigentumswohnung kauft, denkt er an die Zukunft. Wenn er eine mietet, kann er sich sagen: Ja, jetzt habe ich kein Auto, und wenn ich dann mal eins habe, kann ich ja umziehen. Aber bei einer Eigentumswohnung gedenkt man zu bleiben, und vielleicht haben wir einmal Kinder, vielleicht ist man auch mal gehbehindert. Vielleicht ist man einmal einfach alt und braucht ein Auto, und dann will man auf Nummer sicher gehen und einen Parkplatz haben. Selbst mit unserem Antrag hat es nicht einmal für jede Wohnung einen Parkplatz, und es wird auch Leute geben, welche dort wohnen und zwei Autos haben.

Voilà, dann vielleicht noch schnell als Antwort an Christoph Zwahlen, der Dieter Stohler nicht verstanden hat. Dieter hat gesagt, dass anscheinend die Anzahl Besucherparkplätze an die Anzahl Bewohnerparkplätze gebunden ist, und wenn man mehr Besucherparkplätze will, man die Anzahl der Bewohnerparkplätze erhöhen muss. Das scheint der Mechanismus zu sein, es sei dann, wir hätten das falsch verstanden. Merci.

Stephan Ebert: Ich will mich kurz halten. Wir haben sehr viele Leute hier drin sind, die jung sind und dynamisch. Sie sind mit dem Velo unterwegs oder mit dem ÖV, aber irgendwann einmal werden sie älter. Dann wohnen sie schon einige Zeit dort und stellen den Antrag auf einen Parkplatz, weil sie auf ein Auto angewiesen sind. Aber sie bekommen dann keinen Parkplatz mehr, weil die – wie viele sind es – Null Komma so uns so viele Plätze bereits seit Jahren belegt sind. Keiner gibt dann einen Parkplatz zurück. Denken Sie an die Personen, die irgendwann einmal ein Handicap haben, die ein Auto brauchen. Denken Sie an die Leute, die beispielsweise Campingferien machen. Die benötigen ein Auto. Wir haben davon gehört, dass wir keinen grossen Laden haben. Dann fährt man halt nach Basel oder nach Muttenz zum Einkaufen. Den Grosseinkauf kann ich nicht mit dem Velo machen, denken Sie einfach daran.

Es wird immer Leute geben, die ein Auto brauchen, und es wird immer Autos haben. Wenn wir keinen Platz zur Verfügung stellen, würde ich dort keine Wohnung mieten.

Petra Ramseier: Ich möchte einfach noch schnell ergänzen: Es gibt noch einen zweiten Zusammenhang. Je tiefer der Parkplatz-Quotient ist, desto mehr Carsharingplätze müssen zur Verfügung gestellt werden. Also es wird auch für Leute, die jetzt keinen eigenen Parkplatz oder kein eigenes Auto haben, die Möglichkeit geben, ein Auto zu nutzen.

Es ist nicht so, dass die dann völlig auf dem Trockenen sitzen und nie zu einem Auto kommen, sondern Carsharingplätze werden erhöht, wenn die Parkplatzzahl gesenkt wird.

GR Philipp Schoch: Es ist schon viel gesagt worden, ich versuche noch einmal zusammenzufassen.

Zu Didier Pfirter: Diesen Einwohnerrat der Grünen, den du gemeint hast, kenne ich glaube ich auch. Der wohnt nicht am Bahnhof, das ist der grosse Unterschied, Der wohnt nämlich dort hinten, wo es den Hang hoch geht. Das ist eben der grosse Unterschied, wo man sich befindet beziehungsweise wo man genau wohnt.

Also, wenn man so grosse Quartierpläne macht, dann braucht es Mobilitätskonzepte, es braucht Verkehrsgutachten. Das ist nicht einfach deshalb, weil ich jetzt bei den Grünen bin und finde, es braucht weniger Parkplätze, dann ist das gut. Das ist nicht meine Meinung, sondern das ist die Meinung der Fachleute, welche sagen, an diesem Ort, mit dieser ÖV-Erschliessungsgüteklasse kann man den Reduktionsfaktor für die Parkplätze anwenden. Wir sprechen da also von komplexen Berechnungen.

Wie ist das genau zustande gekommen? Das ist nicht einfach aus der Luft gegriffen, nur weil jemand findet, wir müssen die Parkplätze reduzieren; weil man das Auto verteufeln will, wie vorher auch jemand gesagt hat. Wenn wir mehr Parkplätze schaffen, bedeutet das mehr verstopfte Strassen. Ich habe in ganz vielen Mitwirkungen immer wieder gehört, man muss die Strassen schützen, man muss das Dorf schützen usw. Wenn man mehr Parkplätze baut, dann sind die Strassen einfach mehr und mehr verstopft, das ist die Quintessenz. Niemand kommt mehr rein und raus, Pratteln wird unattraktiver. Also bitte lassen Sie die Reduktionen so, wie sie jetzt sind.

Dieter Stohler spricht von kleinen Änderungen. Wenn wir den Faktor hinaufsetzen, ist das eine riesige Änderung. Man muss die ganze Planung neu machen, also nicht nur das Verkehrsgutachten, sondern man muss die ganzen Gebäude neu planen, weil viel mehr Parkplätze reinkommen. Dann noch ein Rechenbeispiel zu deinen Küchen. Eine Küche saniert man etwa alle 25 Jahre. Wenn wir 355 Besucherparkplätze haben, könnte man also 88 Küchen zeitgleich von vier Handwerksbetrieben sanieren lassen. Ich glaube, das ist ein Rechenbeispiel, das aufzeigt, dass die Besucherparkplätze reichen, es braucht nicht noch mehr. Danke.

Abstimmung

Änderungsantrag §16, Abs.3:

Abs. 3 ist folgendermassen abzuändern: (...) Entsprechend dem Mobilitätsgutachten gemäss §16 Abs. 2 werden für die Berechnungswerte der Wohnnutzung ein Oberwert von 0.9 (statt 0.70) Stamm-PP pro Wohnung und ein Unterwert von (0.7) statt (0.50) Stamm-PP pro Wohnung festgelegt.

://: Der Antrag von Didier Pfirter, FDP, wird mit 16 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung.

§17, Lage der Parkierung

Dieter Pfirter: Wir kommen zurück zu §16.

Im Namen der FDP-Die Mitte-Fraktion möchten wir beantragen, Absatz 7 des §16 zu streichen. Es scheint nicht sinnvoll, dass alte Leute weniger Parkplätze haben. Die haben meistens, sagen wir kulturell, eher ein Auto oder sie haben ein Auto, weil sie gehbehindert sind. Es wird ja nicht ein Pflegeheim sein, und wenn schon, haben die jungen Leute und vor allem die Studenten weniger Autos. Also wenn man da Kategorien machen will, müsste man wenn schon bei den Studentenwohnungen einen geringeren Anteil vorsehen.

Aber auch das scheint uns nicht sinnvoll, denn man kann ja dann sowieso nicht sagen, Sie sind ein Student oder Sie sind alt. Sie bekommen keinen Parkplatz, obwohl es noch Parkplätze hat, aber Ihre Quote ist ausgeschöpft. Also die Spezialregelung für ältere Leute wird gar nicht durchgesetzt werden können.

Bernhard Zwahlen: Da hätte ich noch lieber dem vorherigen Antrag zugestimmt als diesem hier. Wenn ich so alt bin, dass ich eine Alterswohnung brauche, aber gerade noch so fit, das ist nicht ein Altersheim muss, dann wünsche ich mir, dass man nicht mehr Auto fährt. Also dann nimmt man den ÖV. Das ist genau der Punkt, wo man dann den ÖV nimmt. Ich glaube, das machen auch die meisten Menschen so, wenn man ein bisschen anständig denkt, denn dann wird es wirklich gefährlich für den Strassenverkehr. Auch aus gesundheitlichen Gründen für die wirklich älteren Leute empfehle ich, das abzulehnen. Danke.

Rahel Graf: Es geht um eine Berechnungsgrundlage. Es ist nicht so, dass man, wenn man ein gewisses Alter erreicht hat, keine Parkplätze mehr erhält.

Es geht um die Anzahl der Parkplätze, die in der Tiefgarage sind. Wenn man fit ist, darf man selbstverständlich auch im gesetzten Alter noch Auto fahren und einen Parkplatz haben.

Sebastian Enders: Lieber Bernhard, ich glaube, es obliegt nicht deiner Kompetenz zu entscheiden, wer Auto fahren darf und wer nicht. Was du machst, ist nicht zwingend das, was die Allgemeinheit macht. Danke schön.

Kurt Lanz: Ich möchte Sie bitten, das so stehen zu lassen, denn hier steht wörtlich, «kann» - muss aber nicht. Aber «es kann», und gerade weil es eine Kann-Formulierung ist, habe ich das Gefühl, es wird am Schluss gar nicht so heiss gegessen, wie es jetzt hier im Einwohnerrat gekocht wird.

Abstimmung

Änderungsantrag §16, Abs. 7

Abs. 7 ist zu streichen: Bei Alterswohnungen, welche den Anforderungen gemäss den Planungsrichtlinien für altersgerechte Wohnbauten entsprechen, kann der Berechnungswert ohne weitere Massnahmen auf 0.30 Stamm-PP pro Wohnung reduziert werden.

://: Der Antrag von Didier Pfirter, FDP, wird mit 17 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung mit dem Stichentscheid des Präsidenten genehmigt.

Fortsetzung der Lesung

§17, Lage der Parkierung

Kurt Lanz: Der BPK-Antrag zum §17 lautet ja, dass eben auch Parkfelder gemacht werden in den Bereichen A1 und A2 für die Besucher.

Das wäre am Anfang nicht so vorgesehen gewesen, und darum möchten wir, dass Sie unserem Antrag zustimmen, damit Besucherparkplätze auch in den Baubereichen A1 und A2 installiert werden. Schliesslich bekommen auch diese Leute Besuch, und es wäre doch toll, wenn dieser Besuch nicht um das ganze Areal herumgehen müsste.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag der BPK

Änderungsantrag der BPK 5.4 §17 Lage der Parkierung:

Abs. 5 Erweiterung um: Die Besucherparkplätze sind zu mindestens 60% in einem zentralen Besucherparking anzuordnen. **In den Einstellhallen der Baubereiche A1, A2 und C1 sind jeweils mindestens 10% des Bedarfs an Besucherparkplätzen zu erstellen, davon sind ausreichend Plätze für mobilitätseingeschränkte Besucher, Spitex, Handwerker und dergleichen bereitzustellen und zu kennzeichnen.**

://: Der Antrag wird mit grossem Mehr genehmigt.

Fortsetzung der Lesung

Umwelt

§18, Lärmschutz

§19, Störfall

§20, Auflagen Umweltverträglichkeitsbericht - Keine Wortmeldungen

§21, Ver- und Entsorgung

Bernhard Zwahlen: Das ist der dritte Antrag von uns, von den Unabhängigen. Eben, es ist ein Quartierplan, der für die nächsten 50 Jahre besteht. Mir ist es wichtig, und es ist bei vielen Quartierplänen und insgesamt im Quartier ja immer wieder ein Thema: Die Entsorgung, Ich wünschte mir, dass auf diesem Areal, auch in Pratteln Grüngut in die Grüngutssammlung kommt, und das muss irgendwo vermerkt sein. Gleichzeitig haben wir auch schon darüber diskutiert, ob einmal eine Plastikentsorgung kommt oder nicht. Ich glaube, es schadet nicht, wenn dort Reserven dafür eingerechnet werden. Deswegen stellen wir den Antrag «§21.1 ist folgendermassen zu ergänzen: Container für Grünabfälleabfälle sind vorzusehen. Weiter sollen Reserve-Standorte für allfällige Plastikentsorgung eingeplant werden». Einfach als Ergänzung zum Paragraphen, dass ein Konzept vorgelegt werden muss. Danke.

Abstimmung

Änderungsantrag §21, Abs. 1

Abs. 1 ist folgendermassen zu ergänzen: (...) Container für Grünabfälle sind vorzusehen. Weiter sollen Reservestandorte für eine allfällige Plastikentsorgung eingeplant werden. (...)

://: Der Antrag von Bernhard Zwahlen, U/G, wird mit grossem Mehr genehmigt.

Fortsetzung der Lesung

§22, Vogelschutz

Realisierung Ausnahmen

§23, Realisierung

§24, Quartierplanvertrag

§25, Ausnahmen

Schlussbestimmungen

§26, Schlussbestimmungen

Plan

Keine Wortmeldungen

Die erste Lesung ist abgeschlossen.

3. Nr. 3422

Teilrevision Steuerreglement; 2. Lesung

§3, Steuerveranlagung

Emil Job: Da erwarte ich noch die Antwort des Gemeinderats. Wenn keine Antwort kommt, beantrage ich, dass man das dahingehend ändert, dass die kantonale Steuerbehörde die Veranlagung vornimmt.

Den Antrag habe ich per E-Mail ans Büro geschickt, an den Präsidenten und ans Sekretariat. Ich habe leider kein Papier und Stift dabei. Merci.

GR Christine Gogel: Mich dünkt fast, wir hätten den Antrag hören müssen, dass ihn irgendjemand vorliest, wie es denn lauten sollte. Ich wäre aber bereit für die Antwort.

Urs Schneider: Der Antrag zum Artikel 3 lautet: Die Veranlagung erfolgt durch die kantonale Steuerbehörde.

GR Christine Gogel: Diesem Änderungsantrag steht nichts im Weg. Das letzte Mal habt ihr zu diesem Punkt gesagt, ihr möchtet es einfach viel kürzer haben. Das kann man so machen. Man müsste einfach eine Präzisierung vornehmen. Ich mache beliebt, dass man reinschreiben würde «die Veranlagung für alle Steuersubjekte erfolgt durch die kantonale Steuerverwaltung». Das wäre zwingend. Also es ist keine Steuerbehörde, es ist eine Steuerverwaltung.

Der Änderungsantrag von Emil Job zu §3 wurde zurückgezogen.

Abstimmung

§3 des Steuerreglements ist wie folgt anzupassen: Die Veranlagung für alle Steuersubjekte erfolgt durch die kantonale Steuerverwaltung.

://: Die Änderung wird mit grossem Mehr genehmigt.

Fortsetzung der Lesung

§3, Gemeindesteuerrechnung

§6, Steuerbezug, Fälligkeit, Zinsen

§7, Stundung und Steuererlass

§7bis, Übergangsbestimmungen

Keine Wortmeldungen.

Die 2. Lesung ist abgeschlossen

Abstimmung

://: Die Teilrevision wird mit grossem Mehr genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
Ablauf der Referendumsfrist: 29. Mai 2024

Präsenz

Es sind zurzeit 34 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3 Mehr 23 Stimmen.

4. Nr. 3430**Gründung Zivilschutzorganisation RHEIN**

GR Stefan Löw: Wir kommen zu einem Geschäft mit einem sehr langen Vorlauf bis jetzt. Es hat einiges gebraucht, bis wir beim Stand angelangt sind, den wir Ihnen hier vorlegen. Ich bringe zur Vorlage, wie Sie sie erhalten haben, noch ein paar Ergänzungen an, die sich bei den Beratungen ergeben haben. Ich hoffe, ich kann das ein bisschen deutlicher erklären. Es geht zum Beispiel um die Frage, weshalb wir diesen Zusammenschluss grundsätzlich machen. Das hängt zusammen mit der Revision des Bundesgesetzes für den Bevölkerungsschutz im Zusammenhang mit dem Zivilschutz. Sie ist am 1. Januar 2021 in Kraft getreten. Dort wurde die Herabsetzung der Altersobergrenze festgelegt und verkürzt und die maximale Dienstdauer dementsprechend reduziert. Das hat die Bestände der Zivilschutzkompanien massiv geschwächt und auch zu einer Reduktion der Bestände geführt. Diese fallen am Schluss unter den Bestand einer Kompanie. Für Pratteln betrifft das z. B. einen Ist-Bestand von 149 im Jahr 2022 auf einen prognostizierten Ist-Bestand im Jahr 2026 von nur noch 58. Einen ganz kleinen Bestand also. Im Kanton Baselland sind in der Zwischenzeit von 86 Gemeinden deren 82 in einem Verbund organisiert ausser Gebenach, Augst, Maisprach und Buus. Diese sind überkantonale verbunden. Wir sind eigentlich die letzten, welche jetzt so einen Verbund anstreben, um diese Bestände nachher so halten und entsprechend arbeiten zu können.

In den Statuten haben wir die entsprechenden Punkte abgebildet, wie wir das in Zukunft handhaben wollen. Diese Statuten wurden vom Kanton und auch von den anderen umliegenden Gemeinden, von den Gemeindebehörden, den Gemeinderäten so geprüft, genehmigt und verabschiedet. Wir möchten Ihnen beliebt machen, dass Sie diesem Antrag so zustimmen. Danke schön.

Das Eintreten ist unbestritten und es folgt die Direktberatung

Dieter Stohler: Die FDP-Die Mitte-Fraktion ist für dieses Geschäft. Sie ist aber grundsätzlich der Meinung, dass – und vielleicht wiederhole ich mich hier – Vorlagen immer eine Aussage haben sollten über die finanziellen Auswirkungen. Das fehlt hier wieder. Beim Bund, beim Kanton, in anderen Gemeinden ist das einfach Standard. Also meine konkrete Frage ist: Was für finanzielle Auswirkungen, Plus oder Minus, hat das Geschäft auf die Finanzen der Gemeinde Pratteln? Danke für die Antwort.

Simon Käch: Wir von der SP werden dieser Vorlage oder diesem Zweckverband auch zustimmen. Letzten Endes haben wir eigentlich gar keine andere Wahl, wie Stefan Löw das gerade dargelegt hat. Wir haben noch kurz einige Fragen, und zwar zur Sicherheitskommission und zum Ausschuss der Sicherheitskommission. Wir bitten um ein paar erläuternde Worte, wie sich die Sicherheitskommission zusammensetzt und wie sich der Ausschuss der Sicherheitskommission zusammensetzt. Auch das Verhältnis zwischen diesen beiden Organisationen ist uns nicht ganz klar geworden aus diesen Bestimmungen in der Vorlage. Besten Dank.

Fabian Mendelin: Auch wir von der SVP Pratteln sind dafür. Ich möchte mich meinem Vorredner anschliessen bei der Frage nach einer Präzisierung der Zusammensetzung bei §4 Absatz 2. Merci.

Patrick Weisskopf: Auch die Unabhängigen Pratteln haben das Geschäft angeschaut und diskutiert und sehen das zustimmend.

Zivilschutz ist sicher etwas Nützliches, und die Nutzung von Synergien ist bestimmt von Vorteil. Ebenfalls haben ja die Partnergemeinden Muttenz und Birsfelden hier bereits zugestimmt. Danke.

Kurt Lanz: Das ist jetzt nicht eine Aussage darüber, ob wir zustimmen oder nicht. Dieter schaut immer als erstes, wie es mit dem Geld aussieht, und meine erste Frage war, warum brauchen wir das? Ich habe irgendwie nirgends gefunden, warum wir das brauchen, und wenn ich nicht weiss, warum wir es brauchen, brauchen wir es nicht. Das heisst im Klartext, ich möchte den Gemeinderat inbrünstig auffordern, das nächste Mal als allererstes zu erklären, warum wir etwas brauchen. Und wenn wir es nicht brauchen, brauchen wir es nicht.

GR Stefan Löw: Danke schön für die Fragen. Ich beginne mit den Finanzen. Wie Sie vermutlich alle wissen, sind wir sehr professionell organisiert jetzt in der Gemeinde. Wir haben 100%-Stellen und noch die Einzelstellen, die den Bereich abdecken und die Tätigkeit vollbringen. Mit dem Zusammenschluss werden sich die Stellenprozente wesentlich reduzieren, Wir werden das entsprechend der Bevölkerungszahlen auch aufteilen, die Kosten je nach Einwohner, die wir haben. Das gibt dann einen Verteilerschlüssel.

Zurzeit sieht das so aus für Pratteln: Wir haben jetzt einen durchschnittlichen Aufwand von knapp CHF 325'000, und die Prognose bis 2029 ist noch bei etwa CHF 196'000. Also wir werden in diesem Bereich den Aufwand gut über CHF 120'000 reduzieren können. Es mag sein, dass wir je nach Bewegungen oder Organisation in der Gemeinde noch irgendetwas werden anpassen und korrigieren müssen. Aber es wird sicher nie mehr in dem Rahmen sein, wie wir jetzt Mittel zur Verfügung stellen.

Auch bei den Beständen und dem Material hat man miteinander abgeglichen. Die vorhandenen Materialien und Bestände wurden bewertet. Dabei ging es vor allem um grössere Sachen wie Pumpen, Fahrzeuge und so. In der Regel schreiben wir das ab, und am Ende bleibt der Abschreibungswert übrig. Das sind die Zahlen, die man miteinander ausgeglichen hat. Hier wurde ein Schlüssel gefunden, wie man das macht. Da ist es nicht darum gegangen, enorm viel Geld hin und her zu schieben, sondern eine sinnvolle Lösung zu finden. Bei den Fahrzeugen werden wir künftig eine Doppelnutzung haben in den Gemeinden, sie werden sowohl für den Werkhof wie auch für andere Dienste gebraucht. Hier haben wir geschaut, dass wir diese innerhalb ihrer Lebensdauer weiter nützen können und sie dem Zivilschutz zur Verfügung stehen, wenn beispielsweise Kurse laufen. Sie sollen aber auch sonst nicht nur ungenutzt herumstehen, nein, man will sie dann auch benützen.

Dann die Frage zur Sicherheitskommission. Diese setzt sich zusammen aus den drei Departementsvorstehern der Gemeinden. Das sind Gemeinderäte. Dazu jeweils ein weiteres Mitglied, ebenfalls aus den Gemeinderäten. Das sind dann also in diesen drei Gemeinden sechs Mitglieder, die diese Kommission bilden. Ist die Frage so beantwortet, Simon? –

Den Ausschuss bilden auch wieder diese Gemeinderäte. Der Ausschuss kann noch zusätzliche Personen dazu nehmen, welche dann aber kein Stimmrecht haben. Das sind z. B. die Abteilungsleiter, die beratend beisitzen können oder weitere Personen, welche im Ausschuss für die Entscheidungsfindung tätig sein können und dementsprechend gebraucht werden. Stimmberechtigt sind aber nach wie vor die gemeinderätlichen Vertretungen der Gemeinden, so ist das zurzeit vorgesehen.

Dann zur Frage vom Kurt Lanz nach dem Sinn: Der Sinn ist natürlich vorgegeben durch den Kanton. In diesem Sinn braucht es den Bestand einer Kompanie, die auch wirklich handlungsfähig ist. Nur so kann man tatsächlich eine Schadensbewirtschaftung machen. Dementsprechend muss man jetzt die Verbände oder die Mitglieder einfach zusammenziehen, damit man eine saubere Kompanie hat, die man dann auch ganz klar strukturiert einsetzen kann. Die man so organisieren kann, dass sie auch wirklich als Mannschaft funktioniert. Wenn man im Bestand einer Gemeinde noch 60 Personen hat, da können wir nichts mehr machen. Das funktioniert einfach nicht mehr. Das ist der Grund, weshalb wir gar nicht darum herumkommen, uns zusammenzuschliessen, wenn wir noch eine sinnvolle Struktur wollen. Wenn sich die Verbände einmal wieder bessern und die Kompanien sich erhöhen, dann ist es umso besser, wenn wir dann einen Verbund haben. Wir

sind dann noch handlungsfähiger und flexibler. Ich hoffe, ich habe das so beantworten können.

Mauro Pavan: Also mir ist die Sache mit der Kommission noch nicht ganz klar. In meinem Verständnis ist ein Ausschuss normalerweise eine Untergruppe eines Gremiums, und wenn diese deckungsgleich ist mit dieser Kommission oder allenfalls sogar noch grösser, dann leuchtet mir das nicht ganz ein. Ausserdem haben wir in Pratteln eine Sicherheitskommission. Im Einwohnerrat wurde mehrheitlich bewusst daran festgehalten, diese weiterhin zu behalten. Dort sind zwei vom Einwohnerrat bestimmte Mitglieder drin; die Bevölkerung ist vertreten. Ich frage mich, ob das miteinander kollidiert; ob die Aufgaben dieser Sicherheitskommission mit der Prattler Sicherheitskommission in irgendeiner Form kollidieren. Ob Bestrebungen sind, die Siko abzuschaffen. Ich glaube, das sind Fragen, die noch geklärt werden sollten. Darum beantrage ich eine zweite Lesung für das Geschäft.

Stephan Ebert: Ich habe nur eine Frage an Stefan Löw: Der Ortskommandoposten, den wir im Erli oben haben, bleibt der, oder wird er aufgelöst? Ich frage aus dem Grund, weil man müsste ja auch von Pratteln aus Geschütze steuern können.

Fredi Wiesner: Wegen der Sicherheitskommission: Da haben wir ja die Statuten, und dort steht im Absatz 2 «die Gemeinderäte der Mitgliedergemeinden delegieren jeweils ein Mitglied aus ihrer Mitte in die Sicherheitskommission».

Wenn ich das richtig verstehe, haben wir im Moment drei Gemeinden. Das heisst, es sind drei Delegierte in dieser Sicherheitskommission. Dann ist gesagt worden, dass wir noch jemanden zusätzlich vom Gemeinderat dort drin haben. Das steht von mir aus gesehen einfach nicht in diesen Statuten drin. Wenn wir die Statuten genehmigen oder beschliessen, sollte das im Prinzip definitiv drin sein. Wenn ich das jetzt weiter anschau, hätten wir dann drei Gemeinderäte drin, das sind die Delegierten. Die haben dann je zwei Stimmen.

Wenn dann der Ausschuss aus den gleichen Personen besteht, haben wir auch im Ausschuss drei Personen, und das finde ich einfach eine etwas komische Angelegenheit. Da möchte ich schon gerne eine Antwort, ob da irgendwie noch etwas anderes vorgesehen ist, oder ob man dann einfach machen kann, was man will. Das ist, denke ich, nicht im Sinn der Einwohnerräte.

GR Stefan Löw: Ja, das ist ein bisschen so abgebildet in dieser Richtung, das stimmt, da haben Sie recht. Ob das schlussendlich zielführend ist – wir gehen schon davon aus. Sonst sind auch Statuten natürlich immer anpassungsfähig, falls das nicht funktionieren würde. Das GFS als solches, das wir in Pratteln haben, und der Standort im Erli ist etwas anderes. Das beabsichtigen wir so weiter beizubehalten. Das hat keinen direkten Zusammenhang mit dem Zweckverband Zivilschutzorganisation.

Urs Schneider: Wir kommen nachher zur Abstimmung. Es ist so, dass wir die Statuten grundsätzlich nicht lesen werden. Gibt es aber Änderungsanträge zu einem einzelnen Punkt in den Statuten, so würden wir das beraten.

Weil es aber drei Gemeinden betrifft, ist es halt schwierig, wenn wir jetzt beginnen, einzelne Paragraphen in den Statuten zu ändern.

GR Stefan Löw: Es tut mir leid, aber wenn wir das machen, gehen wir auf Feld eins zurück. Der Kanton hat die angeschaut, für gut befunden und verabschiedet. Sie waren in allen drei Gemeinden und gehen nachher auch an Gemeindeversammlungen zur weiteren Genehmigung.

Dann müsste man Statutenkorrekturen wieder in die Gemeinden einbringen. Sie müssten wieder über den Kanton, und auch die Gemeinden würden nachher alle den ganzen Prozess durchlaufen. Wir schaffen es dann unmöglich, Anfangs 2025 beginnen zu können mit dieser gemeinsamen Arbeit. Ich bitte Sie also wirklich, geben sie dem Zweckverband jetzt eine Chance. Das funktioniert, das haben sehr viele Leute angeschaut. Ich denke, wir vergeben uns da wirklich nichts, und da wird überhaupt nichts passieren. Die Arbeiten werden weiterlaufen wie jetzt. Wir wollen uns möglichst gut organisieren, etwas Gutes daraus machen und das wird auch so sein, das kann ich ihnen zusichern. Danke schön.

Mauro Pavan: Ich habe ja einen Antrag gestellt auf eine zweite Lesung, weil ich eben jetzt nicht einen konkreten Änderungsantrag habe, sondern weil mir wie erwähnt gewisse Sachen unklar gewesen sind. Wenn ich jetzt sehe, dass Fredi Wiesner nur auf eine Interpretation kommt, der ich mich so wie er völlig anschliessen kann, während Stefan Löw zuerst aber auf eine ganz andere Interpretation gekommen ist, wie sich die Sicherheitskommission zusammensetzt – ob da jetzt sechs Leute sind oder drei, und wie man das genau daraus herauslesen muss – dann ist das für mich wirklich eine Frage, die vor der Genehmigung der Statuten geklärt werden muss. Vielleicht reicht das ja, um mit den anderen Mitglieds-Gemeinden zu kommunizieren, was sie denn für mögliche Interpretationen zur Zusammensetzung dieser Kommission haben. Dann könnte man das auf eine zweite Lesung klar und deutlich kommunizieren und unter Umständen dann immer noch den Statuten vorerst so zustimmen.

Aber für mich kann es nicht sein, dass es heisst, wir müssen dem einfach so zustimmen, weil es irgendwann einmal so durchgegangen ist. Dann müssten wir es nicht hier drin beraten.

Kurt Lanz: Der Gemeinderat hat uns mitgeteilt, dass man wieder auf Feld eins zurück muss, wenn wir jetzt nicht zustimmen würden.

Meine Frage an den Gemeinderat ist: Wann wären denn die Gemeindeversammlungen in den anderen Gemeinden? Die haben ja eine Gemeindeversammlung und nicht zwingend einen Einwohnerrat. Ich denke, wenn wir jetzt das Ganze ein bisschen verschieben und dann zwei, drei Monate später zustimmen, dann ist das auch okay, aber dafür ist es eine klare Sache. Wir haben in dieser Gemeinde ja auch schon andere Verträge oder Statuten genehmigt, wo wir mit Organisationen zusammengearbeitet haben, wo es dann ganz ganz mühsam war, weil man nicht ganz das Gleiche verstanden hatte. Ich muss sagen, das wäre eher eine schlechte Variante, wenn wir heute, einfach nur, weil es jetzt einmal hier liegt, dem so zustimmen würden. Darum möchte ich Sie dazu ermuntern, Mauro Pavans Antrag zuzustimmen.

Dieter Stohler: Sie werden erstaunt sein, aber ich möchte Sie ebenfalls bitten, dem Antrag von Mauro Pavan zuzustimmen.

Das mit dem Feld eins, lieber Stefan, kommt glaube ich dann zum Tragen, wenn wir jetzt wirklich in der zweiten Lesung oder wann auch immer an den Statuten basteln würden. Dann geht es wirklich auf Feld eins. Aber ich denke, es geht darum, die Fragen, die auch Fredi Wiesner aufgebracht hat, sauber beantworten zu können und zu wissen, wie die Sicherheitskommission funktioniert. Dann können wir mit einem viel besseren Gewissen vollumfänglich zustimmen. Dann kann das, auch wenn die zweite Lesung einen Monat später ist als heute, ganz sicher immer noch rechtzeitig in Kraft treten. Danke.

GR Stefan Löw: Okay, dann nehme ich aber nochmals einen Anlauf und versuche das noch einmal klarer zu präzisieren, wer den Ausschuss der Sicherheitskommission bildet. Im §8 haben Sie dort Absatz 1 bis 3.

Dort im ersten Absatz A «dem Präsidium der Sicherheitskommission»: Das sind wie gesagt die drei Gemeinderäte, die in erster Instanz den Abteilungen als Abteilungsvorsteher in diesem Sinn be sitzen. Unter B «Mitglieder der Sicherheitskommission»: Das sind wiederum die entsprechenden Gemeinderäte, die auch in die Sicherheitskommission hineingewählt worden sind. Dann unter 2, dort steht es eigentlich «an die Sitzungen des Ausschusses». Das ist in der Sicherheitskommission sonst nicht so. Das ist nur im Ausschuss dann so, dass man dort noch zusätzlich Personen dazu nimmt. Dort gilt eben als Beispiel, «die Abteilungsleitungen sind auch erwünscht», dass diese dort anwesend sind.

Dann unter 3 «die Mitglieder des Ausschusses» – das sind dann auch wieder Gemeinderäte. So ist es eigentlich wirklich präzisiert und vorgesehen, es so durchzuführen. Jetzt war ja die Frage, wann dann die Gemeindeversammlungen sind. Die finden in MuttENZ und in Birsfelden im Juni statt. Dann kommen die Vorlagen vor die Gemeindeversammlungen. Ich kann es nicht anders präzisieren als jetzt. Die Antwort, die Präzisierung kommt dann wieder genau gleich, wenn sie es noch einmal hinausschieben.

Abstimmung

Antrag für eine mehrfache Beratung des Geschäfts:

://: Der Antrag von Mauro Pavan, U/G, wird mit 29 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Präsenz

Es sind zurzeit 35 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3 Mehr 24 Stimmen.

5. Nr. 3424**Baulinienplan Rheinlehne / Bericht BPK**

Kurt Lanz: Sie haben das Geschäft an der letzten Einwohnerratssitzung an die Bau- und Planungskommission überwiesen. Es sind einige Fragen aufgetaucht, und die Bau- und Planungskommission hat sich die Mühe gemacht und versucht, die gestellten Fragen im Bericht, d.h. in dieser tabellarischen Zusammenstellung zu beantworten.

Darin finden Sie die verschiedenen Antworten zu den Fragen, die im Einwohnerrat gestellt wurden. Wir haben gefunden, das Geschäft ist ein bisschen kompliziert und verworren. Man kann das ganz kurz zusammenfassen. Wie gesagt, ich rede nicht gerne viel, sondern es müsste eigentlich im Bericht stehen. Es geht eigentlich darum, dass man noch in dieser Legislatur, oder halt einfach bis Ende Juni dieser Veränderung der Waldbaulinie zustimmen kann, um eine gute Lösung zu finden, wenn die ganze Sanierung dieser Arsengeschichte in der Rheinlehne stattfindet. Dass man allenfalls den Bau dieser Gebäude, die dort entstehen sollen, kombinieren kann mit dem Aushub. Das heisst, dass man eben vielleicht nicht die Gruben saniert, alles ausgräbt, dann alles wieder auffüllt, um dann bei Baubeginn alles erneut auszugraben.

Aus diesem Grund wäre es wichtig, dass die Waldbaulinie verschoben wird, denn der Kanton bearbeitet das Baugesuch erst, wenn die Waldbaulinie verschoben ist. Würde man das ganze Baugesuch abändern, würde das nie und nimmer reichen für die Bearbeitung durch den Kanton in dem Sinne, wie ich es jetzt gerade erklärt habe. Danke.

Bernhard Zwahlen: Zuerst ein ganz herzliches Dankeschön an die BPK. Ich bin sehr froh, haben wir das Geschäft überwiesen. Man hat gesehen, es ist komplex und ich glaube, wir sind da jetzt an einem Schnellschuss vorbeigeschrammt.

Ich bin nicht ganz zufrieden, denn es geschieht wieder genau das: Die Waldbaulinie wird einfach für den Investor verschoben. Das ist einfach so, das haben wir vorher gehört. Er kann grösser bauen, und die Gemeinde Pratteln hat gar nichts davon, ausser Wohnraum. Nicht einmal Gewerberaum, wenn wir wieder bei diesem Thema sind.

Aber wir können dem zustimmen, auch wenn wir nicht ganz zufrieden sind, weil noch eine QP ausstehend ist. Ich erhoffe mir, dass man dann im QP, wenn er dann tatsächlich im Einwohnerrat beraten wird, daran denkt, dass dort die Waldbaulinie reduziert wurde und dementsprechend auch eine gewisse Grünfläche schafft für die Prattler Bevölkerung – nicht für den Investor, denn dort ist ja auch im REK die Rheinkrone geplant. Ich glaube, der QP wird hier reinkommen, und wir müssen ganz gut schauen, dass dann die Bevölkerung wirklich etwas davon hat, wovon jetzt im Moment nur der Investor etwas hat. Danke.

Mauro Pavan: Ich möchte mich im Namen der SP-Fraktion ebenfalls bei der BPK für das genaue Studium dieser Akten und für diese Ausführungen bedanken.

Ich schliesse mich, wie auch Bernhard Zwahlen, der BPK an, wo sie mit dem zweiten Antrag, 5.2, beantragt, dass es unbedingt eine schriftliche Vereinbarung geben müsse zur Einhaltung des Quartierplanes, der noch nicht einmal existiert. Da das für uns die Bedingung ist, um dem Geschäft zustimmen, schlage ich vor, dass wir über 5.2 abstimmen, bevor wir über 5.1

abstimmen, denn unsere Fraktion würde 5.1 nicht zustimmen, ohne die Forderung, dass es die schriftliche Vereinbarung gibt. Es sei denn, ihr könnt uns bestätigen, dass diese schon existiert und dass dort etwas vereinbart ist über einen Mehrwert, den man dann daraus bekäme.

Dann möchten wir auch noch unbedingt festgehalten haben, dass das nicht einen Präzedenzfall schaffen soll, die Waldbaulinie einfach beliebig verschieben zu können, sondern dass das eine Ausnahme ist.

Silvia Lerch: Wir von der Fraktion FDP-Die Mitte bedanken uns ebenfalls bei der Bau- und Planungskommission für die aufwändige Arbeit.

Wir würden grundsätzlich zustimmen, vor allem bei 5.1. Bei 5.2 wären wir noch froh um eine etwas nähere Erklärung, einen Input. Uns ist hier der Zusammenhang nicht ganz klar. Vielen Dank.

Fredi Wiesner: Auch die SVP-Fraktion kann sich diesen Vorrednern weitgehend anschliessen und wird diesen zwei Beschlussanträgen zustimmen. Persönlich möchte ich einfach den Gemeinderat fragen, ob Punkt 5.2 im jetzigen Zeitpunkt im Prinzip erfüllbar ist oder nicht.

Da hat der Vorredner bereits gesagt, er möchte das zuerst noch genau erläutert haben. Wenn das nicht möglich ist, können wir nicht darüber befinden. Da wäre eine Erklärung noch notwendig. Danke.

GR Philipp Schoch: Danke schön für diese Frage. Das ist erfüllbar und sicher auch ein guter Weg, den die BPK gefunden hat, um die komplexe Geschichte dort unten mit verschiedenen Planungsinstrumenten ein bisschen sicherer zu machen. Damit wir auch die gesetzten Ziele erreichen können, nicht nur für die Bauperimeter, sondern eben auch für die Perimeter, wo dann Natur- und Erholungsraum entstehen werden. Danke.

Kurt Lanz: Bernhard Zwahlen hat es gesagt und es ist halt so, dass für uns damals an der BPK-Sitzung noch quasi eine stillschweigende Abmachung bestand.

Der Quartierplanplan Rheinlehne existiert noch nicht. Aber eigentlich kann man den Inhalt des Quartierplanes Rheinlehne dem Planungsbericht entnehmen, den es zum Geschäft dazu gegeben hat.

Das ist eben ein etwas umfangreiches Dokument mit ganz vielen Punkten drin, wo wir auch denken, es wäre für die Gemeinde Pratteln gut, wenn der QP etwa im Sinne des Planungsberichtes umgesetzt werden könnte. Wenn das am Schluss einfach nicht möglich ist, nur wegen dieser Baulinie, ja, das ist für mich ein wenig eine Güterabwägung. Jetzt machen wir Ihnen den Vorschlag, dass wir eigentlich der Verkleinerung der Waldbaulinie zustimmen würden, dass wir aber halt vom Gemeinderat gerne möchten, dass quasi eine schriftliche Zusicherung da ist, dass der QP dann auch im Sinn wie im Planungsbericht beschrieben umgesetzt werden könnte.

Patrick Weisskopf: Persönlich werde ich dieser Umlegung nicht zustimmen. Das ganze Geschäft hat bei mir einfach den Anschein »gehetzter Teufel«, möglichst jetzt alles noch reinzubringen. Wir hätten lange genug Zeit gehabt, das zu machen. Jetzt muss es einfach vorwärtsgehen, und das ist genau das, was ich als Vertreter der Prattler Bevölkerung nicht akzeptieren will.

Wir haben dort unten eine Langfristplanung vor. Ich habe letztes Mal erklärt, weshalb. Es sind Gründe genannt worden, warum man es nicht so machen will. Wir haben X Millionen vom Kanton bezahlt, um eine Strasse zu verlegen, um eben genau am Rhein vorne etwas machen zu können. Jetzt verlegen wir östlich dieser Sanierung die Waldbaulinie, und aus meiner Sicht wird da zu wenig Rücksicht genommen darauf, was wir langfristig dort unten haben. Auch auf die Bedürfnisse der Natur, weil nämlich genau dieser Waldrand und der Rhein eine Einheit bilden. Bauen wir jetzt dort näher, gibt das Lichtmissionen für die Tiere, die dort unten wohnen. Auch wenn wir höher bauen, hat das einen Einfluss. Wir bauen überall verdichtet, wir packen Tausende von Leuten nach Pratteln, aber wir geben nie, kein einziges Mal etwas zurück an die Natur, oder einen Erholungsraum für die Menschen. Genau das würde ich dort unten erwarten, und das erwarte ich auch von euch Einwohnerräten, dass

wir uns nicht unter Druck setzen lassen und nicht immer den Investoren folgen, sondern uns überlegen: Was wollen wir dort unten, wo soll es langfristig hingehen? Wo wollen wir etwas verlegen, wo wollen wir nichts haben?

Ich behaupte, das Eisenbähnchen am Rhein ist nämlich dort unten, weil heute diese Situation ist. Könnte man dort bauen, und noch näher hin bauen und nochmals näher und dann nochmals eine Ausnahme, um wiederum näher zu bauen, wie man es jetzt schon am Quartierplan sieht, der nicht vorliegt, dann »haut es mir einfach den Nuggi raus«. Überlegt euch, was wir langfristig wollen. Ich behaupte, die jetzige Situation ist für uns als Prattler Einwohner viel interessanter als Zugeständnisse an die Investoren. Dankeschön.

Abstimmung

://: 5.2. Der Beschluss, die vorliegende Planung nur bei einer unterzeichneten Vereinbarung zur Umsetzung des QP Rheinlehne beim Regierungsrat zur Genehmigung einzureichen, wird mit grossem Mehr genehmigt.

://: 5.1. Dem Baulinienplan Rheinlehne wird mit grossem Mehr zugestimmt und der Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens gemäss §31 RBG beauftragt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
Ablauf der Referendumsfrist: 29. Mai 2024

6. Nr. 522

Fragestunde

Frage 1:

Wie steht es um die Petition bezüglich Mehrweggeschirr an Anlässen in Pratteln?
(Bernhard Zwahlen, U/G)

GR Urs Hess: Die Fragestunde heisst, wegen diesen Anlässen: Ich bitte den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen: Wurde die Petition behandelt? - Ganz klar, am 1. Juni 2023 ist ein Brief an die Petenten gegangen mit der Beantwortung.

Wie steht die Gemeinde zum Inhalt dieser Petition? Da kann ich klar sagen, die Gemeinde ist nicht befugt, von den Take-aways und Grossverteilern den Wechsel von Einweg- auf Mehrweggeschirr einzufordern. Wir halten aber das Polizeireglement. Dort ist die Verpflichtung drin, dass Lokale und Imbisse, welche Esswaren und Getränke über die Strasse verkaufen, eine saubere Umgebung haben müssen, und daran halten wir auch fest. Die Gemeindepolizei führt auch regelmässig Litteringkontrollen durch, sei es auf den Schulwegen, Bahnhöfen, Bushaltestellen und anderen Hotspots. Es gibt halt immer solche. Der Werkhof ist schwer gefordert. Das finde ich eigentlich am meisten schade am Ganzen. Das hat aber nichts mit dem Mehrweggeschirr zu tun, sondern mit Leuten, die einfach Schweinigel sind, die ihr Zeug fallen lassen wie Hühner den Dreck und nichts wegräumen. Das ist das Schlimmste.

Grundsätzlich kann man aber auch sagen, dass Mehrwegsysteme im Allgemeinen ein bisschen umweltfreundlicher sind als Einwegsysteme, wenn man sie vielfach wiederverwenden kann und auch kurze Transportwege hat zur Reinigung. Sonst macht es keinen Sinn.

Das wissen ja sicher alle, dass wir bei gemeindeeigenen Anlässen und den Einwohnerratssitzungen etcetera immer Mehrweggeschirr einsetzen. Auch alle Räumlichkeiten, die wir von der Gemeinde vermieten, haben eine Küche mit Geschirr drin, das man benutzen kann, was selbstverständlich auch in hohem Mass gemacht wird. Dann setzen wir natürlich auch unseren Massnahmenmix für die Umweltverbesserungen ein, und zwar sind das Sensibilisieren, Partizipation und Prävention. Wir unterstützen auch Raumpatenschaften, von denen wir übrigens sehr viele haben. Die Schulklassen können die

gemeindefinanzierten Abfall- und Umweltpädagogikkurse besuchen und haben auch den Clean-Up-Day. Also von daher denke ich, wir machen eigentlich sehr viel.
Wann wird das ausgearbeitete Konzept vorgelegt und veröffentlicht? Es gibt keine Erarbeitung eines Konzepts. Das Mehrweggeschirr, da habe ich euch erklärt, wie das geht. Somit geht es eigentlich um Sensibilisierung, darum, die Leute zu erziehen. Auch alle Eltern sind aufgefordert, ihre Kinder entsprechend zu erziehen und selber ebenfalls so zu handeln, dass wir das Littering mal endlich wegbringen. Besten Dank.

Bernhard Zwahlen: Zusatzfrage: Vielleicht zuerst einmal: Warum habe ich nachgefragt? Weil ich das vor zwei Jahren unterschrieben habe. Dann hat es letztes Jahr auf meine Rückfrage geheissen, man macht ein Konzept und veröffentlicht es. Ich habe nichts von einer Veröffentlichung gehört. Scheinbar hat man es in diesem Fall dieser Schulklasse zurückgemeldet. Warum nicht mir, der ich unterschrieben habe? Wenn ich etwas unterschreibe, wünsche ich mir, dass ich dann eine Antwort bekomme.
Also: Warum informiert der Gemeinderat nicht die Bevölkerung, was auf eine Petition hin passiert ist?

GR Urs Hess: Also ich kann dir nur sagen, ich habe den Brief hier vorliegen, den man da geschrieben hat. Der ging ans Schulhaus Erli, Klasse 5D. Die beiden Damen, die dort unterschrieben haben, sind dabei. Ob du unterschrieben hast, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber wenn du den Brief willst, den wir da geschrieben hat, kannst du ihn selbstverständlich haben.

Frage 2:

Anzahl Zugsdurchfahrten im Bahnhof Pratteln
(Paul Dalcher, parteilos)

GR Urs Hess: Eine etwas spezielle Frage von Paul Dalcher. Er hat gefragt, wieviele Züge da durchfahren, und der Gemeinderat musste sich auch erst schlau machen. Ich denke, es wäre wahrscheinlich sinnvoller, diese Frage der SBB zu stellen, aber wir können da selbstverständlich ebenfalls Hand bieten und über den Schatten springen und halt dann so eine Auskunft selber einholen. In Pratteln fahren ab Dezember 2025 maximal 44 Züge pro Stunde. Das sind 1'056 pro Tag.
Davon sind 14 Güterzüge pro Stunde, sechs S-Bahnzüge pro Stunde – vier Richtung Ergolzthal, zwei Richtung Fricktal – und zwei Fernverkehrszüge, die zweimal durch das Fricktal fahren. Das sind eigentlich die verfügbaren Trassen, die es gibt. Falls ihr mehr wissen möchtet: Im Jahr 2026 sind es rund 500 Züge, welche durch Pratteln durchfahren. 228 S-Bahnen, 76 Schnellzüge und knapp 200 Güterzüge. Das sind die errechneten Werte, die man bis jetzt herausgefunden hat und die wir euch hier mitteilen können.
Wenn man noch Genaueres und noch mehr wissen will, würde ich sagen, wäre die SBB der Ansprechpartner.

Die Fragen sind beantwortet

Urs Schneider: Ich wurde vorhin in der Pause darauf angesprochen, wie wir das handhaben wollen, weil die Anzahl Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die anwesend waren, nicht übereinstimmt mit denen, die abgestimmt haben.
Ich habe vorhin kurz mit Claudia besprochen, wie wir das lösen könnten, und es gibt zwei Lösungsvarianten: Die eine wäre, dass man diejenigen, welche nicht abstimmen konnten, bei den Enthaltungen aufführen. Das wäre das einfachste. Glücklicherweise ist es nur bei Abstimmungen geschehen, die nicht so knapp ausgefallen sind. Die andere Variante wäre, zu schreiben «mit einem Mehr angenommen», oder eben «nicht angenommen». Ich wäre tendenziell eher für das erste, aber ich möchte doch darüber diskutieren, wie wir es lösen wollen.

Jasmine Bosshard: Wir haben es vorher in der Fraktion ein bisschen besprochen. Das Protokoll bildet die Situation halt nicht korrekt ab, wenn bei der Abstimmung steht, 27 haben Ja gestimmt, 4 Nein gestimmt und – ich weiss jetzt die Zahlen nicht korrekt – 6 haben sich enthalten. Das stimmt halt nicht, wenn vier von diesen sechs sich nicht enthalten haben, sondern nicht abstimmen konnten. Darum würden wir eher für die zweite Variante plädieren, dass man einfach schreibt, «mit grossem Mehr». Sonst wäre ich eher dafür, dass man halt jede Abstimmung wiederholt. Ich sehe, dass das bei so einem Zeitplan nicht unbedingt förderlich ist. Aber das andere ist halt einfach nicht korrekt, und ich bin schon dafür, dass man korrekte Angaben hat, wenn man es auf die Zahl genau ins Protokoll schreibt.

Urs Schneider: Danke schön, wir nehmen das einmal so zur Kenntnis und überlegen uns das weitere Vorgehen noch.

7. Nr. 3305

Totalrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates; 1. Lesung

Mauro Pavan: Ich möchte gar nicht allzu viele Worte verlieren. Ihr habt den Bericht der Spezialkommission alle erhalten und gelesen.

Bei den meisten wichtigen Fragen gab es am Schluss einen einstimmigen Kommissionsbeschluss. Zu jenen Punkten, die in der Kommission nicht zu einer Einigung geführt haben, kommen, glaube ich, Anträge aus den einzelnen Fraktionen. Ich werde mich gegebenenfalls noch dazu äussern, stehe aber natürlich für Fragen zur Verfügung, wenn es Unklarheiten oder Fragen an die Kommission gibt, wie Beschlüsse zustande gekommen sind.

Urs Schneider: Das Büro empfiehlt Direktberatung, das Wort ist frei.

Kurt Lanz: Ich weiss nicht ganz genau, wie das jetzt vonstattengehen soll. Da wir in der Regel ja immer zuerst über den Bericht der Kommission oder des Gemeinderates oder was weiss ich reden, komme ich jetzt schon mit meinem Antrag, den ich dazu habe.

Wenn wir dieser Änderung des Geschäftsreglements zustimmen, ändern wir eigentlich zwei Dinge, nämlich unser Geschäftsreglement, aber auch das VOR, also die Verordnung über die Organisation der Gemeinde. Da der Beschlussantrag der Kommission beinhaltet «die Totalrevision des Geschäftsreglements» und «tritt am 1. Juli in Kraft» bin ich der Meinung, dass es noch einen weiteren Beschluss braucht, nämlich die «Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements» und «tritt ebenfalls am 1. Juli in Kraft». Wie das Büro damit umgehen will, weiss ich nicht.

Dieter Stohler: Die FDP-Die Mitte-Fraktion tritt ein, respektive stimmt diesen Reglements-Änderungen zu – es sind ja mehrere, wie jetzt gerade darauf hingewiesen wird.

Wir werden vier kleine Änderungsanträge stellen, möchten aber noch drei grundsätzliche Bemerkungen machen: Erstens freut uns ganz besonders, dass die Zusammenlegung zwischen Entwicklungskommission und GPK zustande gekommen und am Schluss dann in der Kommission einstimmig verabschiedet worden ist. Auf dieser Basis konnte jetzt eigentlich auch schon die Sitzverteilungsberechnung gemacht werden für die neue Legislatur. Das finden wir eine gute Lösung, eine effiziente Lösung, aus verschiedenen Gründen, das konnte man lesen.

Die zweite grundsätzliche Bemerkung: Unsere Fraktion war dafür, wie beim ursprünglichen Konzept der Kommission alle Kommissionsgrössen auf sieben festzulegen. Man hat dann gemerkt, dass – wenn wir das bei der RPK auch machen würden – es eine GO-Änderung bräuchte, und dafür braucht es eine Volksabstimmung. Den Antrag haben wir dann quasi zurückgezogen, um das in Inkrafttreten des neuen Reglements per 1. Juli nicht zu gefährden. In diesem Sinn möchte ich einfach darauf hinweisen, dass wir den Antrag jetzt hier nicht stellen. In der neuen Legislatur werden wir dann aber mit grosser Wahrscheinlichkeit mit diesem Antrag kommen, zumal auch von Seiten Gemeinderat oder Gemeindeverwaltung signalisiert worden ist, dass es noch weitere Pendenzen gibt in der Gemeindeordnung, die man ändern möchte. Nur wegen des RPK-Antrags eine Volksabstimmung zu machen, wäre

ein bisschen übertrieben, aber vielleicht gibt es eine generelle Revision der GO, und dann könnte man das hineinnehmen. Dann werden wir den Antrag wieder stellen.

Zum Schluss: Ich will dem Kommissionspräsidenten das nicht vorwegnehmen, aber meine Antwort an Kurt Lanz wäre: das ist selbstverständlich richtig. Wir stimmen über beides ab, egal ob man jetzt formal daraus zwei Beschlüsse macht oder, wie das auch bei Bundesvorlagen üblich ist, nicht einen separaten Beschluss macht, sondern mit dieser Zustimmung des Reglements automatisch auch dem VOR zustimmt. Das ist eine Sache für die Formalisten, ob es jetzt da zwei separate Beschlüsse braucht oder nicht. Normalerweise wird das in einen reingepackt. Selbstverständlich kann man zu allem, auch zum VOR Änderungsanträge stellen heute Abend und in der zweiten Lesung. Besten Dank.

Fabian Mendelin: Wir von der SVP Pratteln haben keine Ergänzungen zum Reglement und möchten uns recht herzlich bei der Kommission bedanken für die Arbeit. Merci.

Christoph Zwahlen: Beim Durchlesen des Ganzen bin ich immer wieder gestolpert, und zwar ist das vermutlich einer möglichst gender-gerechten Formulierung geschuldet, denn es wird immer vom Präsidium gesprochen. In der Regel ist ein Präsidium ein Gremium aus mehreren Personen. Wenn es heisst, man muss sich ans Präsidium wenden, so heisst das eigentlich, man muss jemanden aus der Personengruppe ansprechen, die im Präsidium ist. Wenn man sich dann aber plötzlich an das erste Präsidium oder ans erste Vizepräsidium wenden muss? Ich weiss einfach nicht, ich bin immer wieder gestolpert bei der Frage: Ja, wer ist jetzt gemeint? Dort ist es wohl klar, aber wenn man vom Präsidium schreibt, dann ist einfach nicht mehr klar, wer gemeint ist, denn die Definition des Wortes Präsidium ist ein Kollektiv. Das ist ein Gremium. Ich bin nicht so bewandert in der Sprache. Vielleicht gibt es ein besseres Wort, bei dem man nicht jedes Mal stolpert beim Durchlesen.

Das ist nicht ein Antrag, aber wenn man das noch einmal überarbeiten könnte, um einen besseren Begriff zu finden, der wirklich klar und eindeutig ist, wäre ich nicht unglücklich.

Patrick Weisskopf: Ich danke der Kommission für die Arbeit und sehe, dass man sich viele Gedanken gemacht hat. Dennoch ist mir ein ganz schlimmer Gedanke gekommen, ein ganz schlechtes Bauchgefühl: Wir wollen eine GPK mit etwas zusammenlegen, das politische Steuerung macht.

Was macht eine GPK? Eine GPK kontrolliert, ob Dinge richtig ablaufen. Eine GPK sollte unabhängig sein. Mir ist einfach ein ganz schales Bauchgefühl aufgekommen. Kann das sein, dass eine GPK dann politische Steuerung macht, also Kommissionsarbeit, und sich selber kontrollieren müsste? Das geht nicht, und ich weiss nicht, ob das die Kommission, welche das Reglement erarbeitet hat, genügend bedacht hat.

Das zweite ist die Frage mit der Volksabstimmung. Sind wir hier nicht plötzlich auf einem etwas undemokratischen Weg? Wir forcieren etwas, damit wir das neue Reglement mit der neuen Stimmenanzahl sofort einsetzen können. Wir setzen etwas ausser Kraft, was jetzt gültig ist, aber mit dem anderen Reglement, welches ja dann die Gemeinderatskompetenzen verändert, warten wir zu. Das heisst, der Gemeinderat wird weiterhin mit der Entwicklungskommission arbeiten müssen, während dem wir die gar nicht mehr kennen, und das ist eine Kommission, die sich selber kontrolliert. Entschuldigung, ich komme mir ein bisschen vor wie in Russland.

Keine weiteren Wortmeldungen

1. Lesung

A Beginn des Amtsjahres und Konstituierung

§1 Amtsjahr und Periode

§2 Konstituierung

B Rechte und Pflichten des Ratsmitgliedes

§3 Amtssprache

§4 Teilnahme an Sitzungen

§5 Mitwirkungsrechte

§6 Auskunftsrecht - Keine Wortmeldungen

§7 Offenlegung der Interessenbindung

Dieter Stohler: Der erste von vier kleinen Änderungsanträgen: §7 Absatz 1. Grundsätzlich begrüßen wir den Schritt. Auch aus Compliance-Gründen ist es heute zeitgemäss, dass Interessenbindungen dargelegt werden und öffentlich bekannt ist, wer wo in welchen Gremien sitzt etcetera.

Wir finden aber aus Praktikabilitätsgründen, es geht doch ein bisschen zu weit. Ich war Mitglied in der Kommission. Wir haben da heftig darüber gestritten, aber dann entschieden, jetzt mal damit in den Rat zu gehen. So können die einzelnen Fraktionen Anträge stellen, und ich stelle jetzt den Antrag, den Buchstaben E einfach ersatzlos zu streichen. Dass man sagt, wo man im Verwaltungsrat sitzt und welche wichtigen Ämter und ganz wichtigen beruflichen Ausführungen man hat - das ist wichtig, das soll Priorität haben. Hingegen beim Buchstaben E geht es um Führungsfunktionen von Vereinen, also um jeden Vereinsvorstand. Wenn ich im Vorstand des Museumsvereins bin, zählt das auch dazu. Das bedeutet sehr viele Mutationen, welche ja auch irgendwie gemanagt und erfasst werden müssen. Da finden wir, man kann das ein bisschen schlanker machen. Das wäre also unser Antrag, die Streichung des Buchstabens E. Merci.

Kurt Lanz: Ich finde das eigentlich okay so, wie es im Vorschlag der Kommission drinsteht. Ich gehe davon aus, dass die Mutationen, welche Dieter angesprochen hat, nicht so masslos sein werden. Ich weiss, ich bin halt einfach schon uralt und schon ewig lange hier drin, aber ich erinnere mich, was für eine Diskussion das war, als darüber abgestimmt wurde, ob der FC Pratteln in der Sandgrube einen Kunstrasen kriegt. Auf einmal stand genau die Frage des Vereines im Zentrum; wer überhaupt welche Interessen vertritt. Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, den Vorschlag dieser Kommission so zu übernehmen, wie er jetzt dasteht.

Silvio Fareri: Also ich möchte Ihnen beliebt machen, dem Antrag vom Dieter Stohler stattzugeben. Es ist zu bedenken, dass alle vier Jahre wieder Gesamterneuerungswahlen stattfinden. Dann muss man das Ganze auch wieder erfassen und verarbeiten. Da frage ich mich, wo denn wirklich der Mehrwert ist. Es wird sicher einen Mehraufwand bereiten für die Verwaltung, das alles zu erfassen. Den Mehrwert erachte ich jedoch als sehr gering, vor allem, wenn man auch den §9, betrachtet wo es dann um die Ausstandspflicht geht. Man gibt ja hoffentlich in Eigenverantwortung bekannt, wenn man irgendwo eine Interessensbindung hat, und tritt dort dann entsprechend in den Ausstand. Merci vielmals.

Delia Moldovanyi: Jetzt ist häufig der Aufwand vorgebracht worden. Ich sehe da keinen Mehraufwand, wenn man sowieso schon die Informationen von Buchstaben A bis D angeben muss. Dann ist das kein grösserer Aufwand, auch noch die Funktion, welche man in einem Verein ausübt, anzugeben. Das sind zwei Wörter mehr auf dem Datenerfassungsblatt, und es sind auch zwei Wörter mehr, welche die Verwaltung pro Person einfügen muss. Das ist kein grosser Mehraufwand. Von daher kann man es aus unserer Sicht definitiv so drin lassen.

Kurt Lanz: Okay, was auch immer, also das schreiben wir jetzt noch in die Interessensbindungsliste. Es erscheint vielleicht im Internet. Delia Moldovanyi hat es gesagt, der Aufwand ist, denke ich, nicht sehr gross. Die andere Variante wäre, dass bei den Wahlen sowieso alle aufschreiben, in welchen Vereinen sie sind, damit man von dort Stimmen erhält. Man wüsste es also eigentlich, es ist sogar schon erhoben. Also stimmt bitte dem Vorschlag so zu, wenn die Kommission das vorschlägt.

Abstimmung

Änderungsantrag §7, Abs. 1:

Im Abs. 1 ist der Buchstabe e zu streichen

://: Der Antrag von Dieter Stohler, FDP, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

§8 Ausstand

Dieter Stohler: Ich habe nicht etwas zu §8, sondern zu §7 Absatz 2. Nachdem wir den anderen abgelehnt haben, passt der neue Antrag umso besser.

Ich möchte noch darauf hinweisen, Kurt Lanz, wenn du sagst, das ist ja dann einmal in vier Jahren eine Erfassung, wenn Wiederwahlen sind. Das ist genau das, was man nicht will. Man möchte à-jour sein. Wenn du unterjährig ein neues Amt annimmst, sollte man das wissen. «Änderungen sind dem Büro mitzuteilen» - in diesem Absatz 2 würde ich einfach gerne aus Praktikabilitätsgründen und aus Rechtssicherheitsgründen noch das Wort «jährlich» einfügen: «Änderungen sind dem Büro jährlich mitzuteilen». Also ich stelle mir das so vor, dass wir als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte jährlich ein Formular erhalten von der Gemeinde, der Verwaltung. Da können wir unsere Interessensbindungen oder die Mutationen angeben. Wenn wir aber im Lauf eines Jahres dreimal den Verein wechseln, müssen wir nicht alle zwei Monate der Gemeinde eine E-Mail schicken. Das ist also vor allem aus Praktikabilitätsgründen: «Änderungen sind dem Büro jährlich mitzuteilen»; der zweite unserer vier Anträge. Merci.

Abstimmung

Änderungsantrag §7, Abs. 2:

Der Abs. 2 ist zu ergänzen (...) Änderungen sind dem Büro **jährlich** mitzuteilen

://: Der Antrag von Dieter Stohler, FDP, wird mit grossem Mehr genehmigt.

Fortsetzung der Lesung

§8 Ausstand

§9 Entschädigung

§10 Rücktritt

§11 Öffentlichkeit, Publikationen

C Organisation des Einwohnerrates

1 Allgemeines

§12 Organe des Einwohnerrates

§13 Aufgaben des Präsidiums

§14 Aufgaben des Vizepräsidiums - Keine Wortmeldungen

§15 Aufgaben des Büros

Kurt Lanz: In der neuen Version, die uns hier vorliegt, habe ich leider nirgends mehr gefunden, wie das funktionieren soll, wenn die Presse irgendetwas schreibt, was überhaupt nicht zutrifft. Im alten Reglement war klar, da musste das Büro intervenieren und die Presse zur Richtigstellung auffordern. Aus diesem Grund beantrage ich Ihnen, dass im §15 noch Punkt 8 aufgenommen wird, der lauten soll: Stellt das Büro in den Medien unrichtige Angaben über die Ratsverhandlungen fest, verlangt es eine Berichtigung.

Das ist derselbe Text wie im alten Reglement. Ich finde es aber wichtig, dass klar ist, dass das Büro von der Presse, von den Medien eine Richtigstellung verlangt. Wer soll es denn sonst machen?

Mauro Pavan: Ich kann dazu sagen, dass das wohl nicht ein Entscheid in der Kommission war; dass man das bewusst herausgestrichen hat. Ich glaube, das ist tatsächlich eher einfach verlorengegangen.

Dieter Stohler: Da haben wir eine halbe Stunde darüber diskutiert. Du hast das in der Vernehmlassung bereits verlangt, und wir haben in der Kommission über den Antrag diskutiert und ihn abgelehnt, vielleicht mit einem Mehrheitsentscheid. Also vergessen haben wir das nicht.

Ich möchte dich fragen, Kurt Lanz, wie oft haben wir das gebraucht in den letzten 20 Jahren, wann ist das wirklich zum Tragen gekommen? Wir haben auch gesagt, das Büro hat diese Kompetenz, ohne dass es im Reglement steht. Zudem, wenn etwas falsch in den Medien

steht, ist es ja oftmals personenbezogen. Eine politische Seite fühlt sich politisch nicht richtig wiedergegeben, und das ist ja dann eben nicht Sache des Büros, das zu korrigieren. Da muss jede politische Kraft selbst dafür sorgen, dass ihr Standpunkt besser dargelegt wird. In dem Sinn haben wir gefunden, das ist nicht eine falsche Sache, aber es ist unnütz, und haben da ein bisschen entschlannt. Das war der Stand der Diskussion in der Kommission. Also ich stimme nein zum Antrag.

Kurt Lanz: Wenn ich mir bei einem Werk wie diesem Einwohnerreglement dauernd die Frage stellen würde, wie oft dieses und jenes schon passiert ist, muss ich am Schluss sagen, also in den letzten 10 Jahren oder 20 Jahren ist das nicht oder nicht mehr passiert. Aus diesem Grund schreiben wir es nicht rein.

Ich will euch die Gründe nennen, warum man solche Gesetze oder Reglemente eben macht. Ich pflege es jeweils so zu sagen: «Wir erarbeiten es in Friedenszeiten, damit klar ist, wie wir in Unfriedenszeiten damit umzugehen haben». Darum bitte ich Sie, diesen Antrag anzunehmen. Es stehen ja dort einfach zwei Zeilen mehr drin, aber dafür ist es geregelt. Ich weiss nicht, weshalb man das jetzt nicht reinschreiben sollte. Vielleicht könnte man ein bisschen Toner sparen, aber heute druckt es ja eh niemand mehr aus.

Abstimmung

Änderungsantrag §15:

§15 ist mit dem Punkt 8 zu ergänzen: (...) Stellt das Büro in den Medien unrichtige Angaben über die Ratsverhandlungen fest, verlangt es eine Berichtigung (...)

://: Der Antrag von Kurt Lanz, SP, wird mit 24 Ja- zu 9 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Fortsetzung der Lesung

§16 Fraktionen

§17 Ratsdienste

2. Kommissionen

§18 Aufgaben

§19 Rechte

§20 Protokollführung

§21 Verfahren

§22 Ersatzmitglieder

§23 Beschlussfassung

§24 Berichterstattung

§25 Rückstellung

§26 Rückweisung oder Nicht Eintreten

3. Ständige Kommissionen - Keine Wortmeldungen

§27 Bestand, Wahl, Amtsdauer

Delia Moldovanyi: Ich bringe jetzt diejenigen Sachen vor, welche die GPK – EK betreffen an dieser Stelle.

Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat den vorgesehenen Übergang der EK in die GPK ausführlich besprochen.

Nach dieser Vorlage, wie wir sie jetzt vorliegen haben, geht der gesamte Aufgabenkatalog, den bisher die EK übernommen hat, ohne Änderung an die GPK über. Grundsätzlich kann der Grossteil der Fraktion dieser Fusion zustimmen. Wenn wir aber jetzt sowieso eine Totalrevision vornehmen, haben wir dies zum Anlass genommen, ganz grundsätzlich über die Aufgaben der EK zu diskutieren. Der Aufgabenkatalog der EK findet sich in dieser revidierten Vorlage nur noch im Verwaltungs- und Organisationsreglement. Auf Ebene des Geschäftsreglements werden der EK keine Aufgaben mehr zugewiesen. Ich kann jetzt schon darauf hinweisen, dass wir bei den Bestimmungen zum Verwaltungs- und Organisationsreglement am Ende der Synopse den Antrag stellen werden, den Aufgabenkatalog der EK ersatzlos zu streichen und damit die EK gesamthaft abzuschaffen.

An dieser Stelle hier können wir aber dem personellen Übergang von der EK in die GPK zustimmen.

Patrick Weisskopf: Wie ich vorher schon geäußert habe, haben wir hier aus meiner Sicht vermutlich einen Bock geschossen. Ich bitte den juristischen Dienst der Gemeinde, das auf das nächste Mal hin abzuklären, damit wir hier hundertprozentig sicher sind. Das Reglement des Kantons, die Gemeindeordnung, regelt ja im §101 die Geschäftsprüfungskommission sehr stark und schreibt vor, was diese machen muss. Wir reden von der Übergabe an die Geschäftsprüfungskommission. Das ist aber eine Überwachungsfunktion, und aus meiner Sicht kann und darf diese nicht die politische Steuerung wahrnehmen. Die Entwicklungskommission haben wir ursprünglich einmal als Werkzeug ins Leben gerufen, um genau die Diskussion zwischen Einwohnerrat und Gemeinderat am Anfang stärken zu können, langfristig in eine gewisse Rolle hineinzukommen. Und so würde jetzt, wenn die GPK das wahrnehmen würde, sie plötzlich beginnen, sich selbst zu kontrollieren. Das geht aus meiner Sicht nicht, das müsste man überprüfen. Deshalb wäre jetzt mein Antrag an dieser Stelle, dass Punkt D beim Paragrafen dazukommt, weil die Entwicklungskommission reinkommt.

Wenn wir das ablehnen, wird der nächste Antrag dort erfolgen, wo das GPK-Reglement gemacht wird. Dort möchte ich dann wörtlich im Text drin haben, was heute die EK macht, so wie es beim Gemeinderat auch ist. Nun bin ich gespannt auf die Antwort, die der Gemeinderat, respektive dessen Vertreter nächstes Mal bringt; wie das juristisch aussieht, was der Kanton dazu meint.

Dieter Stohler: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Ich antworte jetzt nicht als Jurist der Gemeinde, denn der bin ich nicht, sondern als politisch denkender Einwohnerrat. Man muss sehen, lieber Patrick, die Entwicklungskommission übernimmt überhaupt nicht die politische Steuerung. Die politische Steuerung war immer beim Einwohnerrat und bleibt immer beim Einwohnerrat, und zwar beim Gesamtgremium. Die Entwicklungskommission macht insofern das gleiche wie die Geschäftsprüfungskommission; sie schaut dem Gemeinderat auf die Finger. Sie hat ihm auf die Finger geschaut, ob bei den vorgegebenen Legislaturzielen vorwärts gemacht wurde etcetera. In diesem Sinn sehe ich hier keine Bedenken und finde den Antrag nicht annehmerswürdig. Ich mache eine Klammer, damit ich nicht jedes Mal ans Mikrofon kommen muss: Da dünkt mich dann der Antrag von Delia Moldovanyi doch viel prüfenswerter, ob man an den Aufgaben der Entwicklungskommission überhaupt festhalten möchte oder sie nicht ersatzlos streichen könnte. Da bin ich im Moment sehr nahe bei einem Ja zu diesem Antrag, der aber später kommt.

Silvio Fareri: Ich habe eine Frage beziehungsweise eine Aussage zu den Bemerkungen, die beim Paragrafen stehen. Dort, wo die Aufsicht genauer definiert ist, wo es heisst, die Aufsicht beinhaltet auch die Kontrolle der hängigen Geschäfte bei der GPK.

Ich frage mich, ob das Usanz ist, denn normalerweise prüft man ja eher abgeschlossene Geschäfte und nicht laufende. Darum möchte ich da schon noch genauer wissen, was das beinhaltet. Danke vielmals.

Bernhard Zwahlen: Ich habe eine Anfrage an das Büro. Ich glaube, der Antrag von Patrick macht erst Sinn, wenn wir wissen, ob die EK überhaupt die Aufgaben an die GPK übergibt. Deswegen schlage ich vor, dass wir, bevor wir weiter das ganze Reglement durchgehen, zuerst schnell den Antrag «EK abschaffen» vorverlegen. Dann wüssten wir, ob wir die EK überhaupt wollen oder nicht, und dementsprechend können wir auf den Antrag von Patrick reagieren.

Urs Schneider: Ich denke, wir werden jetzt zuerst über diesen Antrag abstimmen, der die Entwicklungskommission wieder als ständige Kommission aufnehmen will. Ob man die Aufgaben der EK dann am Schluss komplett streichen oder in die GPK übergehen lassen, hat grundsätzlich nichts miteinander zu tun.

Also, wir werden jetzt darüber abstimmen, ob wir das komplett aufnehmen wollen.

Wir haben jetzt diesen Antrag auf dem Tisch. Wenn das jetzt da wiederaufgenommen wird, so wird sie danach nicht abgeschafft.

Dieter Stohler: Ja, ich weiss nicht, ob ich mich beliebt mache, aber es herrscht jetzt ein bisschen Konfusion. Es ist nicht klar, was wirklich dein Antrag ist, Bernhard. Entweder ist er klipp und klar und wird noch schriftlich deponiert. Dann wissen wir, worüber wir diskutieren. Sonst ist die Empfehlung: Wir haben ja zu diesem Geschäft auf jeden Fall eine zweite Lesung. Also kann man bei der Taktiererei oder beim Formulieren von Anträgen auch alles auf die zweite Lesung verlegen. Dann haben wir auch noch die Antwort der Gemeinde zu diesem vermeintlichen juristischen Bock, welcher meines Erachtens nicht existiert. Aber gewisse Sache könnten wir einfach effizienter in der zweiten Lesung erledigen als jetzt X-mal hin und her.

Bernhard Zwahlen: Ich muss vielleicht meine Meinung sagen, damit ihr versteht, warum ich das will. Wenn die EK bestehen bleibt, soll sie separat im Reglement sein. Ich finde die EK aber nicht nötig und würde sie abschaffen. Wenn jetzt wir die EK ablehnen, müsste ich an der nächsten Sitzung ganz bewusst wieder das Gegenteil stimmen von jetzt. Wenn wir jetzt entscheiden, behalten wir die EK, diesen Aufgabenkatalog, oder nicht, so können wir jetzt effektiv entscheiden: Wollen wir das, so wie Patrick es drinstehen haben möchte, oder nicht? Andersrum, nehmen wir es jetzt rein oder nicht – dann müsste ich aber nächstes Mal wieder Patricks Antrag stellen. Deswegen sind wir schneller, wenn wir jetzt das VOR hervorholen, den Aufgabenkatalog diskutieren und dann besprechen, wie wir es im Reglement haben wollen. Ich denke, der Antrag muss nicht schriftlich sein, denn es ist eine Änderung der Traktandenliste.

Mauro Pavan: Grundsätzlich kann ich mich der Vorgehensweise von Bernhard anschliessen. Vor allem, wenn wir jetzt noch lange diskutieren, worüber wir zuerst abstimmen, sind wir sicher nicht schneller fertig. Man könnte auch jetzt über den Antrag abstimmen, die EK da wieder reinzuschreiben. Wenn am Schluss der gesamte Aufgabenkatalog der EK gestrichen wird, dann wird damit der Antrag, sie jetzt wieder reinzuschreiben, hinfällig und obsolet. Also aus meiner Sicht geht beides.

Im Übrigen schliesse ich mich dem Vizepräsidenten der Kommission an. Auch ich sehe da keinen juristischen Bock. Der Rechtsdienst der Gemeinde war an den meisten Sitzungen dieser Spezialkommission dabei, und solange ich nicht auf die nächste Lesung hin gegenlautenden Bescheid erhalte von Claudia Herzog, glaube ich, kann man das so regeln. Die Frage ist, was die Mehrheit des Einwohnerrats will, ob sie den Aufgabenkatalog immer noch will oder nicht.

Abstimmung

Änderungsantrag §27

§27 ist folgendermassen zu erweitern: Die Entwicklungskommission wird als eigenständige Kommission geführt.

://: Der Antrag von Patrick Weisskopf, U/G, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

§28 Geschäftsprüfungskommission

Patrick Weisskopf: Also wenn wir die Synopsen lesen auf Seite 14, so steht da beim §28: Die Kommission hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, die bisherige Entwicklungskommission aufzuheben und deren Aufgaben der GPK zu übertragen. Ihr habt jetzt vorhin auch gesagt, wir brauchen keine eigene Kommission, seid also der Kommission gefolgt. Aber da steht jetzt «... die und deren Aufgaben der GPK zu übertragen». Das heisst, ich möchte jetzt einen Antrag stellen, dass die Aufgaben, welche der EK zugeordnet waren, eins zu eins bei der Geschäftsprüfungskommission angehängt werden, also ein Punkt 6 und quasi eine 7. Der Text heisst: Sie erarbeitet zusammen mit dem Gemeinderat die Perspektiven «Pratteln in zehn Jahren» sowie deren Entwurf der Legislaturziele.

Zweitens: Sie nimmt zusammen mit dem Gemeinderat im 2. und 4. Jahr der Legislaturperiode eine Überprüfung und Beurteilung der Perspektiven «Pratteln in zehn Jahren» sowie der Legislaturziele vor.

Das ist eins zu eins der Text, der da reinkommt.

Mauro Pavan: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Es macht das Reglement nicht schlanker, wenn man die Aufgaben an zwei Orten regelt. Im VOR müssen sie nach meinem Rechtsverständnis sowieso drinstehen, und auf Wiederholungen sollte man möglichst verzichten.

Urs Schneider: Wir stimmen gleich darüber ab. Wer möchte, dass der Text, so wie er bisher in der Entwicklungskommission gestanden ist, eins zu eins in §28 bei der Geschäftsprüfungskommission übertragen wird, soll das mit Taste eins machen, wer das nicht will, drückt Taste zwei und wer sich enthält, Taste drei.

Sie haben bei fünf Ja gegen 28 Nein diesem Antrag nicht zugestimmt.

Abstimmung

Änderungsantrag §28

§28 ist folgendermassen zu ergänzen: Die EK erarbeitet zusammen mit dem Gemeinderat die Perspektiven «Pratteln in 10 Jahren» sowie den Entwurf der Legislaturziele. Sie nimmt zusammen mit dem Gemeinderat im zweiten und vierten Jahr der Legislaturperiode eine Überprüfung und Beurteilung der Perspektiven «Pratteln in 10 Jahren» sowie der Legislaturziele vor.

://: Der Antrag von Patrick Weisskopf, U/G, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

§29 Rechnungsprüfungskommission

§30 Bau- und Planungskommission

4. Spezialkommissionen

§31 Auftrag, Wahl und Amtsdauer

D Geschäfte

1. Allgemeines

§32 Geschäfte des Einwohnerrates - Keine Wortmeldungen

§33 Vorlagen des Gemeinderates

Dieter Stohler: Unsere Fraktion schlägt vor, im §33 gewisse dort erwähnte Punkte zu streichen. Grundsätzlich finde ich es einen Fortschritt, dass wir jetzt drin haben, was eine Vorlage enthalten muss. Gerade von meiner Seite her wurde heute Abend mehrmals angesprochen, dass man die finanziellen und vielleicht auch personellen Auswirkungen in den Vorlagen drin haben müsste, und das finde ich auch gut so. Wir kritisieren aber Buchstaben B, das Verhältnis der Vorlage zum Aufgaben- und Finanzplan und zu den Legislaturzielen.

Das ist einfach ein bisschen zu sehr Bürokratie und erhöht den Aufwand der Verwaltung meines Erachtens unnötig. Auch bei Buchstaben A könnte man es etwas schlanker machen, indem man sich dort auf die gesetzliche Grundlage beschränkt und nicht auch noch das Verhältnis zu übergeordnetem Recht anfügt. Das ist für Jus-Studenten wunderbar, und selbstverständlich muss die Verwaltung wissen, ob das eine Grundlage hat, aber wir könnten es etwas schlanker machen. Deshalb schlagen wir vor, 33 A «die gesetzlichen Grundlagen» drin zu lassen und ab da zu streichen, B ganz streichen, womit C dann neu zu B wird. Inhaltlich würden wir C drin lassen. Das ist unser Antrag. Besten Dank für die Zustimmung.

Abstimmung

Änderungsantrag §33, lit a, b und c

Die gesetzlichen Grundlagen a sowie der Buchstabe b ist zu streichen. Im Weiteren wird c

neu zu b: die personellen und finanziellen Auswirkungen der Vorlage auf die Gemeinde.
 ://: Der Antrag von Dieter Stohler, FDP, wird mit einem Mehr genehmigt.

Fortsetzung der Lesung

§34 Vorstösse

Dieter Stohler: Unser letzter Antrag betrifft §34 Absatz 9. Diesen möchten wir streichen, und damit wird Absatz 10 neu zu Absatz 9. Es geht ja darum, wie und wann und dass eine Vorschrift da ist; dass der Gemeinderat Stellung nehmen muss zu Motionen und Postulaten. Es geht nicht um deren Beantwortung, sondern darum, Stellung zu nehmen; ob man bereit ist, ein Postulat, das in Bearbeitung ist beim Einwohnerrat, zu überweisen, entgegenzunehmen.

Im Gespräch mit dem Gemeinderat oder mit einzelnen Mitgliedern des Gemeinderats ist uns klargeworden, dass das einfach nicht praktikabel ist. Die Gemeinderatssitzungen finden am Dienstag vorher statt. Die Siebentagefrist kann man da gar nicht einhalten, es sei denn, man bringt das Geschäft einen Monat später. Jetzt haben wir also die Wahl, dass es in der Praxis so abläuft, dass eine Antwort des Gemeinderats einen Monat später kommt, oder wir bringen ein bisschen mehr Flexibilität in das Reglement hinein. Damit lassen wir die Möglichkeit zu, dass halt die Antwort, so wie es heute auch schon geschieht, an der Sitzung manchmal spontan gegeben wird, «wir sind aus diesen und diesen Gründen gegen die Überweisung dieser Motion oder dieses Postulats». Das ist die Begründung, warum wir - auch mit Rücksicht auf den Gemeinderat, auf den man ja auch einmal Rücksicht nehmen darf - da ein bisschen mehr Flexibilität und Freiheiten ins Reglement hineinlassen wollen: Streichung von §34, Absatz 9.

Abstimmung

Änderungsantrag §34, Abs. 9

Abs. 9 ist zu streichen, Absatz 10 wird dadurch neu zu Absatz 9

://: Der Antrag von Dieter Stohler, FDP, wird mit grossem Mehr genehmigt.

Fortsetzung der Lesung

2. Vorstösse

§35 Motionen

§35 Postulate

§37 Behandlung von Motionen und Postulaten

§38 Erfüllung und Abschreibungen von Motionen und Postulaten - *Keine Wortmeldungen*

§39 Interpellationen

Simon Käch: Ich finde die Anpassung, dass man Interpellationen auch schriftlich verlangen kann, grundsätzlich eine sehr gute Sache. Ich bin jetzt seit vier Jahren in diesem Rat und habe es von Anfang an speziell gefunden, dass die Interpellationen mündlich beantwortet werden. Wenn man die Antwort erst hier drin im Rat erhält und mündlich irgendwelche Informationen hat, finde ich es extrem schwierig, darauf zu reagieren und nachher eine wirklich zielgerichtete gute Diskussion zu führen. Darum hätte ich am liebsten, wenn sie nur schriftlich wären. Es ist für mich aber okay, wenn man es mündlich und schriftlich macht. In der jetzt vorliegenden Form ist aber vorgesehen, dass ich sie, wenn sie in schriftlicher Form kommt, vor der Sitzung hingelegt bekomme und sie dann während der Sitzung lesen kann. Das ist ja dann auch wieder nicht im Sinn dieser Sache. Ich möchte sie vorgängig haben, damit ich sie vorgängig studieren und mir Gedanken dazu machen kann. Damit ich es auch mit der Fraktion besprechen und danach in die Diskussion starten kann. Darum würde ich beliebt machen, Absatz 2 hier nochmals anzupassen und zwar dahingehend, dass es grundsätzlich so bleibt wie bis jetzt, dass also die Interpellationen mündlich beantwortet

werden bis zur nächsten Sitzung. Man kann die Antwort aber schriftlich verlangen. Es ist klar, dass es in diesem Fall schwierig ist für die Verwaltung, für den Gemeinderat, das direkt bis zur nächsten Sitzung zu machen. Wenn die Antwort schriftlich verlangt wird, setzt man deshalb eine Frist von drei Monaten für den Gemeinderat. Damit hat er drei Monate Zeit für die Beantwortung, und nach drei Monaten kommt eine schriftliche Antwort, mit der man in die Diskussion starten kann.

Abstimmung

Änderungsantrag §39, Abs. 2

Abs. 2 wird folgendermassen abgeändert: (...) Die Antwort erfolgt mündlich, sofern nicht eine schriftliche Beantwortung verlangt worden ist. Bei mündlicher Beantwortung antwortet der Gemeinderat in der Regel in der nächsten Sitzung. Bei schriftlicher Beantwortung antwortet der Gemeinderat innerhalb von 3 Monaten und er beschränkt seine mündlichen Ausführungen auf eine kurze Zusammenfassung seiner Beantwortung (...).

://: Der Antrag von Dieter Stohler, FDP, wird mit grossem Mehr genehmigt.

Fortsetzung der Lesung

§40 Dingliche Behandlung

Mauro Pavan: Da dem Antrag vom Simon Käch zugestimmt wurde, bin ich nicht ganz sicher, aber ich überlege hier vielleicht auf die zweite Lesung, ob man im §40 reinschreiben müsste, dass logischerweise eine dringliche Behandlung einer Interpellation, bei der man eine schriftliche Antwort verlangt, nicht möglich ist.

Fortsetzung der Lesung

§41 Planungsmotion

§42 Planungspostulat

§43 Planungsantrag

§44 Verfahrenspostulat

§45 Resolution

§46 Fragestunde

§47 Schriftliche Anfragen

E Sitzungen des Einwohnerrates

1. Allgemeines

§48 Einberufung - Keine Wortmeldungen

§49 Protokoll

Delia Moldovanyi: Zum §49 würden wir gerne zwei Anträge stellen: Erstens soll das Tonprotokoll nicht nur fünf Jahre im Internet zugänglich sein, also publiziert werden, sondern zehn Jahre. Besonders wir hier drin sind auf eine möglichst lange und einfache Zugänglichkeit zu den Geschäften angewiesen. Darum finden wir fünf Jahre zu kurz und würden das gerne auf zehn Jahre verlängern.

Zweitens finden wir, es kann zu Fehlschlüssen führen, wenn ausdrücklich erwähnt wird, wie lange das Tonprotokoll im Internet publiziert werden soll, nicht aber, wie lange das schriftliche Votenprotokoll im Internet zugänglich sein soll. Deswegen stellen wir den Antrag, bei §49 einen Absatz 5 einzufügen, welcher lautet: Das schriftliche Protokoll wird mindestens während 20 Jahren im Internet publiziert. Die 20 Jahre orientieren sich an der aktuellen Praxis. Wenn man nämlich auf der Homepage von Pratteln sucht, kann man das Votenprotokoll bis Anfang der Nullerjahre finden. Das soll auf jeden Fall so beibehalten werden.

Abstimmung

Änderungsantrag §49, Abs. 4

Abs. 4 wird folgendermassen abgeändert: (...) Die Diskussion während der Sitzung wird auf Tonträger aufgezeichnet und während zehn Jahren im Internet publiziert.

://: Der Antrag von Rahel Graf Bianchi, SP, wird mit grossem Mehr genehmigt.

Änderungsantrag §49, Abs. 5

Abs. 5 wird folgendermassen ergänzt: (...) Das schriftliche Protokoll wird mindestens während zwanzig Jahren im Internet publiziert.

://: Der Antrag von Rahel Graf Bianchi, SP, wird mit 23 Ja- zu 12 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen genehmigt.

Rahel Graf: Ich bin mir nicht ganz sicher, aber möglicherweise erübrigt sich mein Antrag jetzt gerade. Ich hätte nämlich beantragt, den §49 Ziffer 4 folgendermassen zu ergänzen: Von der Sitzung wird ein schriftliches Wortprotokoll angefertigt. Meines Erachtens ist das gar nicht drin. Mit diesem zweiten Antrag von Delia wurde es aber, glaube ich, reingeschmuggelt.

Mauro Pavan: Ich sehe das auch so. Ich habe verstanden, dass es so gemeint war mit Delias Antrag.

Rahel Graf: In diesem Fall ziehe ich meinen Antrag zurück.

Fortsetzung der Lesung

§50 Sitzordnung

§51 Sanktionen gegenüber Sitzungsteilnehmenden

1. Beratung

§52 Bereinigung der Traktandenliste

§53 Eintretensdebatte

§54 Durchführung der Beratung

§55 Redeordnung

§56 Ordnungsanträge

§57 Schliessung der Rednerliste

§58 Schluss der Beratung

§59 Rückkommen

3. Abstimmungen

§60 Anträge

§61 Abstimmungsreihenfolge

§62 Stimmabgabe, Stichentscheid

§63, Besonderer Abstimmungsmodus

§64 Erforderliches Mehr

§65 Behördenreferendum

7. Wahlen

§66 Stille Wahlen

§67 Geheime Wahlen

§68 Ermittlung der Wahlresultate

§69 Einzelwahl

§70 Listenwahl

§71 Mehrere Wahlen

§72 Einwände gegen Wahlverfahren

F Schlussbestimmungen - Keine Wortmeldungen

Verwaltungs- und Organisationsreglement VOR

§9a Perspektiven

Andreas Seiler: Ich möchte als EK-Präsident einen Kommentar abgeben. Im §9A hat man ja eins zu eins die Aufgabenstellung der EK auf die Geschäftsprüfungskommission

übernommen. Es ist aber so, dass bei einem dieser Punkte, der eigentlich die Ausgangslage oder der Startpunkt war für die Revision, die Formulierung lautete «zusammen mit dem Gemeinderat». Jetzt steht da «der Gemeinderat erarbeitet zusammen mit der Geschäftsprüfungskommission des Einwohnerrats zu Beginn der Legislatur die Perspektiven Pratteln in zehn Jahren und legt diese dem Einwohnerrat zur Kenntnis vor.»

Da ist überhaupt nichts geregelt zur Zusammenarbeit, zur Beschlussfassung, wer wann wie was bestimmt. Es wäre für den zukünftigen GPK-Präsidenten oder allgemein sinnvoll, man würde das jetzt regeln. Es war offenbar nicht möglich, das in dieser Zeit noch zu erledigen, aber das ist jetzt für mich nicht ein Grund, das abzulehnen. Es handelt sich einfach um einen Kommentar von mir. Ich denke, man müsste eigentlich ein Verfahren definieren, dass z. B. der Gemeinderat das zuerst ausarbeitet und dann der EK oder der GPK zur Begutachtung gibt, so wie das bei anderen Gemeinden abläuft, bei denen das Geschäft ebenfalls liegt. Aber eine gemeinsame sieben plus sieben Kommissionen ist ja so eigentlich nicht sinnvoll.

Das ist einfach ein Kommentar aus der Praxis, die wir mit der EK bisher gehabt haben. Es wurde nicht angegangen; vielleicht geht man das später einmal an. Ich glaube, es gibt genug andere Punkte in diesem Geschäft, bei denen wichtig ist, dass wir sie verabschieden. Dieser Punkt ist aus meiner Sicht noch nicht gelöst.

Delia Moldovanyi: Wie vorher angekündigt, kommt jetzt der Antrag auf Streichung des Aufgabenkatalogs der EK. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir die EK gesamthaft streichen wollen, das heisst, wir wollen auch den ganzen Aufgabenkatalog ersatzlos streichen. Folgende Gründe haben uns zu dieser Entscheidung bewogen: Trotz mehrjährigem Bestehen hat die EK in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat keine messbaren Ziele entwickeln können. Das hatte zur Folge, dass auch keine tatsächliche Überprüfung hat stattfinden können. Auch wenn seitens EK in der Zukunft der Wille da sein sollte, messbare Ziele zu entwickeln, denken wir nicht, dass die Kommission als Organ der Legislative überhaupt in der Lage dazu ist, messbare Ziele festzulegen. Welche konkreten Massnahmen ergriffen werden müssen, um ein Ziel zu erfüllen, liegt komplett im Erachten der zuständigen Gemeinderätin oder des zuständigen Gemeinderats. Dasselbe gilt für die Zielerreichung. Als EK können wir wohl darauf hinweisen, dass wir z. B. finden, das Legislaturziel XY sei gar nicht erreicht worden. Konsequenzen hat das aber nicht. Ohne Umsetzungswille vom Gemeinderat sind die Legislaturziele totale Leerläufe. Besteht beim Gemeinderat ein Umsetzungswille für ein bestimmtes Legislaturziel, gehen wir davon aus, dass der Gemeinderat dieses auch ohne Mitwirkung der EK umgesetzt hätte. Ohne Umsetzungswille ist die Arbeit der EK leider einfach eine Zeitverschwendung. Besonders die ehemaligen und aktuellen EK-Mitglieder aus unserer Fraktion haben sich für die Abschaffung der EK ausgesprochen. Wir haben sehr viel Zeit in die Erarbeitung von Legislaturzielen gesteckt, haben uns lange gefragt, wie wir was priorisieren wollen und wo es noch innovative Lösungen braucht. Leider ist es dann sehr ernüchternd, wenn wir bei der Überprüfung feststellen müssen, dass praktisch alle Massnahmen, die der Gemeinderat für die Zielerreichung getroffen hat, Massnahmen sind, welche so oder so umgesetzt worden wären, Inputs der EK hin oder her. Die Massnahmen, die der Gemeinderat trifft, können, um genau zu sein, mit der richtigen Begründung auch unter ganz andere Ziele subsumiert werden, egal wie wir die Aufgaben der EK umformulieren. Die Abhängigkeit vom Gemeinderat bleibt immer bestehen. An dieser Stelle möchte ich auch noch anmerken, dass der Gemeinderat nie für die Einführung der EK gewesen ist und sich mehrmals auch wieder für eine Abschaffung ausgesprochen hat. Ich würde sogar so weit gehen und sagen, dass sich der Gemeinderat teilweise vielleicht ein bisschen absichtlich quer gegen die EK gestellt hat, und so funktioniert das Zusammenarbeiten einfach nicht.

Wir erhoffen uns, dass durch die Abschaffung der EK der Gemeinderat in Zukunft Ziele formuliert, die messbar sind, denn nur so haben sie wirklich Gewicht.

Wir wollen die EK per Inkrafttreten des neuen Geschäftsreglements abschaffen und bewusst nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt, so dass weder eine EK noch jetzt neu die GPK anfangs der neuen Legislatur die Legislaturziele erarbeiten muss. Diese Arbeit können wir uns sparen. Danke.

Dieter Stohler: Es ist glaube ich noch nie vorgekommen, dass ich gesagt habe, ich gratuliere den Unabhängigen zu einer Lösung, und wirklich, dieser Vorschlag braucht ein bisschen Mut.

Wir haben ihn nicht gehabt in unserer Kommission. Sauber formuliert, perfekt begründet. Eine Kurzumfrage in meiner Fraktion hat gezeigt, dass wir dem, ich sage jetzt einmal mit grosser Mehrheit, lieber Andreas, zustimmen werden. Danke für diesen Vorschlag, liebe Delia.

Abstimmung

Änderungsantrag §9a und §9bVOR):

§9a und 9b des Verwaltungs- und Organisationsreglements (VOR) sind zu streichen.

://: Der Antrag von Delia Moldovanyi, U/G, wird mit grossem Mehr genehmigt.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen

Urs Schneider: Ich hatte gehofft, dass wir heute noch ein bisschen weiter kommen würden, aber ich werde jetzt nach über vier Stunden die Sitzung schliessen. Ich kann aber sagen, dass die Geschäfte, welche wir heute nicht behandelt haben, nicht alle Platz finden werden auf der nächsten Einwohnerratssitzung oder auf der Liste. Wir haben noch ziemlich viele Verabschiedungen an der nächsten Sitzung, sei es von den Gemeinderäten oder seien es Einwohnerräte. Darum will ich nächstes Mal nicht eine Sitzung machen bis um 23 Uhr.

Silvia Lerch: Ich hätte einen Antrag für die nächste Sitzung. Ich weiss nicht, ob das angebracht ist oder überhaupt geht, aber wäre es nicht möglich, dass man den nächsten Redner mit Kopfnicken des Vizepräsidenten bereits auf den Weg schicken kann? So müssten wir nicht jedes Mal warten, bis jemand nach vorne gegangen ist, sondern sich hier aufreihen und nacheinander reden, damit wir ein bisschen speditiver vorwärtsmachen können.

Andreas Seiler: Das können wir schon machen. Ich kann jeweils, wenn ich jemanden aufrufe, schon sagen, wer der Nächste ist, sofern sich die oder derjenige schon gemeldet hat.

Silvia Lerch: Wie auch immer, es wäre einfach nicht schlecht, wenn wir ein bisschen vorwärtsmachen könnten.

Urs Schneider: Ich habe mir diese Gedanken auch schon gemacht. Das Problem ist oftmals, dass sich immer erst wieder jemand meldet, wenn ein Vorredner fertig ist. Es ist nicht eine Traktanden- oder eine Sprecherliste, wo fünf, sechs Leute darauf sind, sondern immer nur einer, und es tröpfelt dann immer langsam rein.

Also wenn Sie sich melden, dass wir eine richtige Liste machen können, ist es auch möglich, früher mit aufrufen zu beginnen und zu sagen, wer als nächstes drankommt Merci.

Die Sitzung ist geschlossen.

Geschäfts-Nr: 3436, 3431, 3432, 3368, 3412, 3151, 3240 wurden nicht behandelt.

Die Sitzung wird um 22.45 Uhr beendet.

Pratteln, 10. Mai 2024

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Das Einwohnerratssekretariat

Urs Schneider